

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohinnentopreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung
50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn
75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungslis-
ste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mt., für 2 Monate 1.20 Mt., für 1 Monat
60 Pf. egl. Bestellgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönsack.

Inserate werden die gespaltene Petitzelle oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Verbindungsstellen 15 Pfennige. — Schwerer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im vorans zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr freih. in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsstelle 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6-part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 5. Juni.

Als in Nr. 61 vom 14. März dieses Jahres in diesen Blättern nach dem ersten Teile der Mühlischen Broschüre „Sechs Jahre in einem sächsischen Lehrerseminare“ die fast unglaubliche Behandlung der Böblinge des königlichen Lehrerseminars zu Oschatz eingehend behandelt wurde, schlossen wir den Artikel mit dem Wunsche, daß die Beantwortung der Frage, ob die Angaben des Büchchens der Wahrheit entsprachen, nicht lange auf sich warten lassen möge. Entweder sollte das Kultusministerium eine Untersuchung anstellen und ihr Ergebnis veröffentlichten als eine Art Bürgschaft, daß derartige Zustände, wenn sie schon einmal vorhanden gewesen seien, wenigstens für die Zukunft unmöglich gemacht würden; oder es möge doch wenigstens der in Deutschland zur Zeit bei solchen Vor- kommissen gebräuchliche Weg der Bekleidungssklage eingeschlagen und in einem gerichtlichen Verfahren Mühlisches Angaben geprüft werden. Keines von beiden ist aber bisher gegeben, und wenn man auch vielleicht annehmen darf, daß ein Kultusministerium nicht so eilig bei der Hand ist mit einer Bekleidungssklage, wie etwa eine militärische Behörde, so darf man doch wohl — schon wegen der Länge der inzwischen verflossenen Zeit — aus der Unthätigkeit auf Zufriedenheit schließen. Es hat sich offenbar gegen Mühlisch, den Stempel der Wahrheit übrigens an der Stirne tragenden Beschuldigungen nichts von Bedeutung sagen lassen. Der Verfasser hatte Thatsachen berichtet.

Vor kurzem ist nun der verprophete zweite Teil* seiner Schrift, der von der Lehrmethode im Seminar zu Oschatz handelt, veröffentlicht worden. Wenn es möglich war, die Anschuldigungen der ersten Broschüre noch zu überbieten, so ist es hier geschehen: handelt es sich dort um die Art und Weise, wie die Seminaristen als Menschen behandelt werden, so hier um die, wie man mit ihnen als Schülern umgeht.

Es ist ein längst allgemein anerkannter Satz der neueren Pädagogik, daß die Methode, d. h. die Einteilung, Behandlungsweise und Übermittlung des Unterrichtsstoffes das erste Mittel ist, jeden Unterricht anziehend und für den Schüler gewinnbringend zu gestalten. Mehr und mehr ist man von der schematischen Einpaukerei toter Einzelheiten abgekommen und sucht schon den kleinsten Ab-Schülern durch Anschauung, durch Vertiefung in etwas Ganzes zu fesseln.

* Sechs Jahre in einem sächsischen Lehrerseminare. II. Teil: Die Lehrmethode in Oschatz. Leipzig 1896. August Schupp.

„Will eine Unstalt,“ so sagt einer der bedeutendsten modernen Pädagogen, „wirklich bildend wirken, so muß sie sich einer Methode beflecken, durch welche der ganze innere Mensch ergriffen, der Geist in eine heilsame Bucht genommen wird, so daß er sich nicht in der Breite verlieren, sich verflachen und verflüchtigen kann, sondern in strenger Ordnung und Folgerichtigkeit, und darum mit immer zwingender Notwendigkeit sich in seinen Gegenstand vertieft und ihn selbstthätig zu durchdringen und zu erfassen veranlaßt wird. Wem bloß vorgepredigt und vorgetragen, das Gedächtnis mit traditionellen Thatsachen und Urteilen vollgepackt und vollgestopft wird, dem wird der Geist zwar auch in Bucht genommen, aber in eine solche, bei welcher jede Maßregel zu einer Fessel wird, die den Geist überall drückt und beeinträchtigt, die ihm jede selbständige Regung benimmt, die seine Kraft lähmmt und zulegt.“

Über gerade was hier mit grohem Nachdruck gefordert wird, das geschieht, wenn wir Mühlé hören, in Oschatz nicht. Dort herrscht nach seiner Ausschaffung die Beste und blühende Einpaukerei, unstrittiges Eintrichtieren ältesten und ältesten Lehrstoffes, ein Schablonsieren der Schüler, bei dem sie vom ersten bis zum letzten ohne Rücksicht auf die Eigentümlichkeiten ihrer Neigungen und Fähigkeiten über einen Hamm geschoren werden. Nur einen methodischen und pädagogischen Grundriss scheinen die Seminarlehrer zu lennen, sie, die doch auch in ihrer Methode für die künftigen Volkschullehrer vorbildlich sein sollen, und der lautet: Was du schwarz auf weiß bestellt, kannst du getrost nach Hause tragen.

„Da werden ganze Bibliotheken geschrieben, nachgeschrieben und auswendig gelernt,“ heißt es bei Mühlé; „da wird distiert, stundenlang wie wahnsinnig, und die Federn fliegen über das Papier, und die Seiten füllen sich. Da wird hergesagt, Wort für Wort, wie sie aus der Feder floß, wie sie mühsam eingetrommelt wurde, die tote, abstrakte und dem Verständnis durch keine Erklärung irgendwie nahe gebrachte Wissenschaft, da drücken nur schwere enge Fesseln unbarmherziger, pedantischer Buchstabenmenschen.“

Und was dort in den heißen Stunden mit fliegenden Federn mühsam nachgeschrieben ist, wie wird es verarbeitet? Der Kniff des Oberlehrers Gr., der hier aufgedeckt wird, wäre zum Lachen, wenn die Angelegenheit nicht so unsagbar betrübend wäre. Herr Gr. zerlegt nämlich seine Dictate zum Auswendiglernen. So lernen, z. B. die Schüler der ersten Bankeihe den ersten Teil des distierten Stoffes; der zweite und dritte Teil existiert vorherhanden für sie überhaupt nicht. Ebenso ist das Verhältnis bei den der anderen Reihen. Jede lernt unbekümmert um die andere ihren Teil,

bis nach ein- oder mehrmaligem Wiederholen desselben ein Wechsel oder besser gesagt: eine Verschiebung der Teile eintritt. Auf diese Weise wird es nach und nach erreicht, daß jeder Schüler den ganzen Stoff beherrscht, d. h. beherrschen soll. Und ebenso, wie gelernt wird, wird auch abgefragt. Damit stets die richtige Ordnung bleibt, muß der Klassenerster eine formelle Buchführung einrichten, aus der zu entnehmen ist, welche Schüler diesen, welche jenen Abschnitt zu memorieren haben.

Nun kommen aber von Zeit zu Zeit auch Inspektionen, denn es gibt auch Inspektionen des Königlichen Seminars in Oschatz durch die vorgesetzten Behörden, und da muß natürlich der pädagogische Wunderzauber mit besonderer Eleganz ausgeführt werden. Hier eine solche Scene: Sobald er die Gefahr einer Inspektion im Anzuge wähnt, ruft Oberlehrer Gr. irgend einen oder auch etliche Schüler aus der Klasse zu sich und gibt ihnen besondere Zeichen zu lernen auf, jedoch mit dem Bedenken: „Sie brauchen aber den anderen nichts zu sagen!“ — Kommt dann die geahnte und gefürchtete Inspektion, so heißt's, nachdem eine lange Weile meinewegen über das Papstium repetiert worden ist: „Na wollt mal was anderes nehmen!“ Bald ist mit wenig Worten eine Brücke zu Bwingli und Calvin geschlagen, und die beiden Seminaristen, die vielleicht am ganz anderen Ende der Klasse sitzen und die Lebensgeschichten der beiden Reformator privat eingelesen haben, treten zum großen Erstaunen des Herrn Oberlehrers Gr., der sich seiner Schläue freut, und des inspizierenden Herrn Seminardirektors oder gar des Geheimrates Dr. B., die sich des tüchtigen und wackeren Oberlehrers freuen, in Aktion.

Nicht alle Lehrer handeln so wie der Oberlehrer Gr., was Mühlé ausdrücklich anerkennt; die meisten aber frantzen an dem typischen Uebel des Oschatzischen Seminars, der unruhigen, zeitraubenden, unpädagogischen Nachschreiberei und Einpaukerei. Würde man mit dieser gründlich aufzuräumen, dann könnte auch den Seminaristen die Verarbeitung des Unterrichtsstoffes leichter und bequemer gemacht und zu seiner Verdauung mehr Zeit gelassen werden. Und, so meinen wir, wenn durch eine den modernen Anforderungen entsprechende Unterrichtsmethode Lust und Liebe zur Sache und zu ihrem schönen aber schweren zukünftigen Berufe in den Seminaristen geweckt würde, dann würde bald ein anderer Ton auf der Schule herrschen, wie bisher.

Es wäre sehr zu wünschen, daß Mühlés Enthüllungen dazu endlich den Anstoß gäben.

Seuilleton.

Magazin verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Herr von Hohenstein drang freilich mit seinen Ansichten nicht durch, aber man erkannte die großen — oder, wie der Bürgermeister Dusch sich emphatisch ausdrückte — unsterblichen Verdienste, die er sich heute durch sein Kluges, energisches Verhalten um das Wohl der Stadt erworben habe, willig und dankbar an, um so dankbarer, als man im stillen von dem als liberal verschrienen Stadtrat ganz etwas anderes erwartet haben möchte. Es war mit dem Stadtrat seit ungefähr acht Tagen eine große Veränderung vorgegangen; er hatte eine bedeutende Schwankung nach rechts gemacht.

Dann erzählte sich, daß Herr von Hohenstein mit seinem steinreichen Onkel, dem alten General auf Rheinfelden, vollkommen ausgekehnt sei, und wie er mit seinen Brüdern stand, hatte ja alle Welt heute nachmittag sehen können, als der Präsident von Hohenstein, um mit dem Magistrat zu konferieren, auf dem Rathaus gewesen war und sich die beiden Brüder auf dem großen Vorraum vor allen Kanzleidienern und Ratsboten umarmt hatten. Nun lieber Himmel, es war ja am Ende auch kein Wunder, wenn ein Edelmann von so altem und reinem Adel sich im entschledenden Augenblick daran erinnerte, daß seine Vorfahren schon Jahrhunderte, bevor die jetzt regierende Dynastie ins Land kam, als reichsfreie Herren über Leben und Tod ihrer Hintersassen geschaltet hatten.

Unter diesem verworrenen Hin- und Herreden und diesem bänglichen Warten war es halb zehn geworden, und noch immer war keine Entscheidung erfolgt. Das vor dem Rathause abgestellte Bataillon der Bürgerwehr hatte durch ein zweites aufgelöst werden müssen, auf das man sich indessen lange nicht so fest verlassen konnte, als auf jenes. Schon wurden in den Reihen einzelne Stimmen laut: es sei ja lächerlich, hier zu stehen und sich um nichts und wieder nichts das Herz von den Pechfammen auf die Meldetröpfchen zu lassen. Wenn die Stadt wirklich von den Demokraten an allen vier Ecken in Brand gesteckt werden sollte, so sei es doch besser, sie gingen nach Haus und sähen nach dem Ihrigen.

Vergebens, daß die Offiziere den Leuten zuredeten, vergebens selbst, daß Herr Bürgermeister Dr. Dusch von der obersten Stufe der Rathausstreppe eine Ansprache an sie hielt. Auf seine pathetische Frage: find wir nicht alle Kinder derselben Stadt? hatte eine grobe Stimme geantwortet: ja wohl, mit und ohne Kinderbraten! und eine andere: der dicke Dusch soll leben, wie aber auch, hurra! hoch! — in welchen Ruf bewußnete Macht und Volk jubelnd eingestimmt hatten. Endlich hatte man versprochen, noch eine halbe Stunde zu warten, wenn es bis dahin aber „nicht losginge“, nach Hause gehen zu wollen.

Der Oberbürgermeister lehrte feuchend und schwitztriefend in das Sessionszimmer zurück, ließ die Thüren schließen, bat die Herren, ihm für einen Augenblick Gehör zu schenken, und sprach, als sich alle um den grünen Tisch verjammelt hatten, in einem heissen Flüsterton, als fürchtete er, es könnte von dem, was er sagte, ein Wort durch die dicken Wände und Thüren nach draußen dringen:

„Meine Herren! der Augenblick der Entscheidung ist gekommen, darüber kann ich, nach dem, was ich soeben gehört

und gesehen habe, nicht länger im Zweifel sein. Ein fanatischer Böbel tyrannisiert die Gutgesinnten, die Bürgerwehr droht mit dem Abfall — wir können uns auf niemand mehr verlassen, als auf uns selbst und das herrliche Kriegsheim, die letzte Stütze des Thrones, des Altars und des häuslichen Herdes. Der Kommandant der Stadt, Generalmajor Graf Hinkel von Gackelberg, hat mir soeben durch seinen Adjutanten nochmals die gesamte reguläre Streitmacht zur Verfügung gestellt. Ich habe in Ihrem Sinne, meine Herren, zu antworten geglaubt, wenn ich dem Herrn Grafen sagten ließ, daß ich von seinem Unerbitten Gebrauch machen würde, falls nach Ablauf einer halben Stunde die drohenden Wolken, die über unseren Häuptern hängen, sich nicht gelichtet haben. Meine Herren: ich weiß, daß unter diesen qualvollen furchterlichen Verhältnissen ein so weites Hinausschieben des Augenblicks der Rettung eine an Heroldamus grenzende Entzagung ist; aber meine Herren: ich glaube im Interesse unserer Würde, unserer Ehre und in Erinnerung gewisser Ereignisse in unserer Stadt, die noch zu frisch im Gedächtnis aller sind, einen Konflikt zwischen dem Militär und dem Böbel so lange vermeiden zu müssen, als es mit der Wohlfahrt aller irgend verträglich ist. Ich weiß, meine Herren, wie ungeheuer meine Verantwortung ist, ich weiß, daß diese halbe Stunde verhängnisvoll werden kann für viele Gute, in erster Linie für uns, meine Herren, die der aus dunklem Himmel herabzuhende Schwefelsturm heute zuerst treffen wird. Wenn der Sturm hereinbricht: er soll uns alle, alle auf unserem Posten finden; nicht wahr, meine Herren: Sie werden Ihren Oberbürgermeister nicht verlassen?

Herr Willibrod Dusch hatte diese letzten Worte mit sehr bewegter Stimme gesprochen. Er mußte einen Augenblick inne halten, um sich den Schwanz von der Stirn zu trocknen

Politische Übersicht.

Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl im Wahlkreis Ruppin-Tempelin liegt jetzt vor. Danach ist der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Amtsvorsteher Gotthold Lessing auf Meseberg, mit 9636 Stimmen gewählt worden. Sein konservativer Gegenkandidat, Landrat v. Arnim, erhielt 8352 Stimmen. Die Mehrheit für Lessing beträgt mithin 1284 Stimmen. Bei der Hauptwahl am 21. Mai hatte Landrat v. Arnim 7136, Lessing 4730, der Sozialdemokrat Apelt 3750 und der Antisemit Schlichter 2421 Stimmen erhalten. Arnim war mithin um 2406 Stimmen vor Lessing im Vorsprung und von den insgesamt abgegebenen 18037 Stimmen waren den Konservativen und Antisemiten 9557 Stimmen zugeschlagen, während die linksstehenden Parteien auf ihre Kandidaten zusammen nur 8480 Stimmen zu vereinigen vermögen hatten, d. h. sie waren hinter jenen um 1077 Stimmen zurückgeblieben. Die Gesamtzahl der in der Stichwahl auf den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei entfallenden 9636 Stimmen übersteigt die Zahl derjenigen, die in der Hauptwahl von den linksstehenden Parteien zusammen (8480) abgegeben wurden, um 1156. Die für den konservativen Kandidaten in der Stichwahl abgegebene Stimmenzahl (8352) blieben hinter denjenigen, die auf ihn und den Antisemiten in der Hauptwahl gesunken waren (9557), um 1205 zurück. Man wird hieraus den Schluss ziehen müssen, daß ein Teil der Antisemiten den Konservativen die Heeresfolge verweigert hat.

Den Ausschlag hat die Sozialdemokratie gegeben, die in der Stichwahl offenbar geschlossen für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei eingetreten ist.

Der Erfolg ist für die Junker, die mit großen Erwartungen und tödlichen Prahlereien die Campagne eröffneten, befriedigend genug. Die Tivoli-Politik hat damit der Landratskandidatur und der eifriger Hilfe der Tempeliner Arnim-Sippe Schluß gebracht, der vorwiegend ländliche Wahlkreis hat gezeigt, daß er die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung und der Arbeiter seinem Junker überantworten mag. Was die Agrarier für die kommenden Hauptwahlen sich zu Gemüte führen mögen!

Von zum Jahre 1893 war der Wahlkreis Ruppin-Tempelin ein unbefristeter Besitz der deutsch-konservativen Partei gewesen; seit 1884 hat ihn ununterbrochen Graf von Soden-Ahlimb, Majoratsbesitzer auf Rügenwalde im Kreise Templin, vertreten. Aus der Stichwahl 1893 ging der Vertreter der freisinnigen Volkspartei, der verstorbene Bauer Böhm, ein braver, demokratisch gesinnter Bauer, mit 10152 Stimmen, gegen 9950 Stimmen, die sein konservativer Gegenkandidat erhalten hatte, d. h. mit der geringen Mehrheit von nur 202 Stimmen, hervor. Die Sozialdemokratie hatte 1890 433, 1893 3105, 1896 3750 Stimmen.

Unsere Partei ist diesmal das Blümlein an der Woge gewesen, ihr Fortschritt ist erfreulich, und die Aussichten für die Zukunft erhöhen sich.

In absehbarer Zeit wird dieser Wahlkreis der Sozialdemokratie anheimgefallen sein.

Bei der dritten Beratung des aus der Initiative der Reichstagskommission hervorgegangenen Vereinsgesetzes soll ein sogenanntes Notgesetz vorbereitet werden, um das von allen Parteien preisgegebene Verbot des Zuverbindungsrechts der Vereine zu beseitigen. Dafür seien außer dem Centrum und der Binnen auch die Nationalliberalen gewonnen, und man hoffe, daß sich auch die Konservativen anschließen würden. Abwarten!

Die Kölnische Volkszeitung, das führende Centrumsorgan, hat allerdings in diesen Tagen einem solchen Notgesetz das Wort geredet. Sogar die Konservativen hätten alle Ursache, ein solches Notgesetz zu wünschen. Denn ohne ein solches Gesetz ist die jetzt in mehreren Provinzen geplante organische Verbindung der Landwirtschaftskammern mit landwirtschaftlichen Vereinen unmöglich. Auch würden bei einer gleichmäßigen und durchgreifenden Ausführung des bestehenden Vereinsgesetzes die Führer der landwirtschaftlichen Vereine in erster Reihe wegen Verlehung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes durch Erörterung politischer Fragen strafrechtlich verfolgt werden müssen. Wenn die Regierung nicht nach vorgesetzten Meinungen, sondern nach den praktischen Erfahrungen der Verwaltung urteile, so müßte sie selbst dringend den Erlass eines solchen Notgesetzes wünschen. Oder aber es geraten die Behörden in der nächsten Zeit in die ärgsten Schwierigkeiten.

Es war ein feierlicher Moment, als sich jetzt die sämlichen anwesenden Herren von den Stühlen erhoben und dadurch zu erkennen gaben, daß sie mit ihrem heldenmütigen Chef sterben oder leben bleiben wollten.

Aber, fuhr Herr Willibrod Dosch fort, nachdem das dumpfe Gemurmel des Beifalls an der gewölbten Decke des Saales verhallt war, wenn wir auch bereit sind, unser Leben für die gute Sache in die Schanze zu schlagen, oder unser Vermögen aufs Spiel zu setzen, so haben wir doch die Pflicht, das Vermögen der Stadt vor den Händen des beutegierigen, rauhslustigen Bübels zu sichern. Vor allem sind es die sechsmalhunderttausend Thaler Stadtschuldscheine, welche, wie die Herren wissen, aus Gründen der Zweckmäßigkeit von der vierprozentigen Anleihe noch immer nicht emittiert sind und die oben in der Schatzkammer liegen. Wie leicht ist es möglich, daß dieser Umstand den Führern der Emeute bekannt ist? daß — hier deutete Herr Dosch auf die Thür und flüsterte noch leiser, daß der Betrug draußen lauert? Sind wir unserer Voten, Diener, unserer Kämpfern sicher? Haben wir Ursache, auf ihre Anhänglichkeit, auf ihre Danachbarkeit unbedingt zählen zu können? Nein, meine Herren, verbreiten wir uns das Bedenkliche unserer Situation nicht! Wir sind isoliert, wir müssen uns auf uns selbst verlassen. Deshalb hören Sie meinen Vorschlag! Die Stadtschuldscheine und die übrigen Wertpapiere dürfen nicht an einem Orte bleiben, der so vielen bekannt ist. Wir müssen sie anderswo unterzubringen suchen, und meine sehr spezielle Kenntnis der Räumlichkeiten und Heimlichkeiten des Rathauses hat mich auch schon ein Plätzchen aufzufinden lassen, daß der Spürkraft des abgesennten Spitzbübels entgehen würde. Aber es ist aus Gründen, die ich nicht weiter zu entwickeln brauche, unratlich, daß wir die Translocierung der Wertpapiere in corporis vornehmen.

In der neuesten Nummer der Sozialen Praxis unterzieht Dr. Hünker den bekannten Ausspruch des obersten preußischen Richters, des Kammergerichtspräsidenten Dr. Lenkmann, daß heute die Söhne der „guten Familien“ gerne dem Richterstande den Rücken kehren, einer ebenso interessanten wie lehrreichen statistisch-kritischen Untersuchung.

Er kommt dabei zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Ausspruch des Herrn Dr. Lenkmann nichts ist, als eine ganz beweislose allgemeine Redensart. Würde sich der Kammergerichtspräsident ebenso eingehend mit der Statistik über die Familienherkunft der preußischen Juristen beschäftigt haben, wie es sein Statistiker gethan hat, so würde er seine Behauptung schwerlich aufgestellt haben.

Nach den Bahlen über den Besuch der deutschen Universitäten im Wintersemester 1886/87, nach der Berufszählung von 1882 und der von Germ's aufgestellten Statistik der Gymnasialabiturienten im deutschen Reiche, zeigt sich nämlich, daß mehr als 20 Prozent der Väter von Juristen akademische Bildung besitzen, und mehr als 50 Prozent von ihnen dem engen Kreise der sogenannten guten Familien zuzurechnen sind (Mittergutsbesitzer, Militärs, Postbeamte, Architekten, Forstbeamte, Künstler, Schriftsteller u. c.). Die Statistik weist unter den deutschen Juristen keinen einzigen Arbeitserfolg nach.

Auch den Einwand, daß die Begehrigkeit zum Juristendasein nicht gleich der des Richterstandes sei, widerlegt Hünker durch den Nachweis, daß das Übergewicht der oberen Klassen am juristischen Studium allein schon die Behauptung eines Abwenders der Söhne aus „guten Familien“ vom Richterstand mehr als unwahrscheinlich mache.

Trefflich legt der Verfasser an den Schluss seiner Ausführungen als Trumpf auf Herrn Dr. Lenkmanns Ausspruch die Worte: Wenn der größte Teil der heutigen Juristen schon jetzt aus dem kleinen Kreise der sogenannten höheren Stände stammt so ist es dringend geboten, organische Veranstaltungen zu treffen, die auch den Arznen und niedrig geborenen den Auftritt zum Studium im allgemeinen und zum Richteramt im besonderen erleichtern, wenn nicht die Entscheidung streitiger Rechtsfragen und damit oft genug das Urteil über soziale Gegensätze ganz einseitig den höheren Ständen überlassen werden soll.

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Vom Centralverband deutscher Industrieller.

K Berlin, 4. Juni.

Der Centralverband deutscher Industrieller, der Ausbund des deutschen Unternehmertums, trat gestern in der Gewerbeausstellung zu seiner Delegiertenversammlung zusammen. Wie ein roter Faden zog sich der Haß gegen die Sozialdemokratie durch die Verhandlungen hin. Der Generalsekretär Bueck gab gleich im Geschäftsbericht den aggressiven Ton an und proklamierte Freiherrn v. Stumm, den altmächtigen Mann Deutschlands, dessen Einfluss in dem Augenblicke erst in vollem Umfang bekannt wird, da sein Stern seinen Zenith verläßt, als den Schuhpatron des deutschen Unternehmertums: Freiherr v. Stumm habe sich den Dank der gesamten deutschen Industrie verdient, durch seinen Kampf gegen den Umsturz und seine Öffnungen. Wer will es dem kürzlichsten Teile der Kapitalisten verargen, daß sie in einem Stumm ihr Vorbild, ihren Vorkämpfer verehren? Über die Arbeiterbevölkerung wird nun so meist durch dieses vollwertige Zeugnis veranlaßt sein, in Herrn v. Stumm das deutsche Unternehmertum verdeckt zu sehen. Je rücksichtloser das System Stumm vom Unternehmertum gepriesen wird, um so einfacher gestaltet sich die gegenseitige Klärungsfeststellung, um so besser kennen wir unsere Feinde. Herr Bueck empfahl den Unternehmern geschlossene, strenne Organisationen gegen die Arbeiter und Sammlung von Streifzöpfen. Meekwürdigerweise lobte Herr Bueck die Arbeiterorganisationen wegen der in Arbeiterkreisen herrschenden Solidarität. Wir acceptieren das Lob aus diesem Munde nicht unbeschrankt: im Gegenteil, wir wissen, daß die Arbeiterorganisationen noch lange nicht so entwidelt sind, wie sie der heutige Wahlkampf im Interesse der Arbeiter erforderte. Das Lob des Unternehmertums kann höchstens anspornend auf die Arbeitermassen wirken. Ihr wißt jetzt, daß die Unternehmerringe noch eingerichtet geschlossen werden, ergreift Gegenmaßregeln indem ihr eure Organisationen stärkt, ausbaut, die indifferenten Massen anführt und sie für eure Gewerkschaften anwerbt. Auf den Schlag erfolge mit Wucht der Gegenschlag. Heigt, daß in der Arbeit sich heutzutage von Periode zu Periode mehr die ökonomische und politische Macht konzentriert! Daß die sozialpolitische Thätigkeit der

Ich stelle daher den Antrag, daß Sie mich und an Stelle unseres sehr zur Unzeit eftansten Kämmerers, einen aus Ihrer Mitte designieren, damit wir beide gemeinschaftlich die nötigen Schritte thun können.

Ich schlage zu diesem Zweck meinen werten Kollegen und Freund, Herrn von Hohenstein vor, dem wir alle für seine heute dem Gemeinwohl geleisteten Dienste, eine Anerkennung schuldig sind, quält der Maschinenfabrikbesitzer, Stadtrat Heydtmann und Compagnie.

Wiederum rauschte dumpfes Gemurmel des Beifalls zur gewölbten Decke empor. Der Oberbürgermeister erhob sich, mit ihm die übrigen Väter der Stadt.

Ich danke Ihnen, meine Herren, sagte Herr Willibrod Dosch, für die fühlreiche Ruhe und hohe Geistesgegenwart, welche Sie in einem so kritischen Augenblick an den Tag gelegt haben, aus bewegtem Herzen und bitte meinen sehr werten Freund und Kollegen, den Herrn Stadtrat von Hohenstein, die durch allgemeine Acclamation auf ihn gefallene Wahl annehmen zu wollen.

Herr von Hohenstein verbeugte sich: Mein Kopf und mein Arm gehören dem Wohl der Stadt, sagte er, mit einer anmutigen Bewegung die Hand aufs Herz legend.

Als der Oberbürgermeister und Herr von Hohenstein den Sitzungssaal verlassen hatten, machte einer die Bemerkung, der Stadtrat sei, wie Herr Heydtmann seinen Namen genannt habe, sehr blaß geworden und seine Hand habe auch, als er den Amtseuchter ergriff, um Herrn Dosch zu leuchten, auffallend gezittert — eine Behauptung, die von Herrn Heydtmann und anderen bestritten wurde. Herr von Hohenstein habe im Laufe gerade dieses Tages zu deutlich bewiesen, daß er als städtischer Beamter den Mut des Edelmannes und Offiziers sich vollständig bewahrt habe. (Fortsetzung folgt.)

gebildeten Kreise abfällig kritisiert wurde, versieht sich bei dieser Gesellschaft, wo nach der Höhe des geschäftlichen Gewinnes die Bildung bemessen wird, am Rande. Zu gleicher Tendenz wie Bueck sprach sein Vorgänger Dr. Beumer. Venerenzwert war sein Eingeständnis, daß bei der heutigen sozialen Entwicklung des jetzt geltenden Arbeitersrechts die wirtschaftlich Starke immer mehr Gefahr laufen, die wirtschaftlich Schwachen zu werden. Solche Sentenzen beweisen doch schließlich, daß die Arbeiterbataillone marschieren und in das Gebiet des Gegners siegreich vordringen.

Aber nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Regierung saß auf der Anklagebank in der heutigen Unternehmerversammlung. Dass die Regierung nicht mehr so ohne weiteres nach der Weise der Unternehmer tanzt, ist einfach unerhört. Leider schlägt die Gesetzgebung eine Richtung ein, die der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung zum Schaden gereichen muß. Das ist hart für die Regierung, um so härter, als der Regelung von der heutigen Unternehmerpresse direkt, ohne die Verblüffung vorgeworfen wird, sie siehe nicht auf Seiten der staatsverdienstlichen Parteien, sondern halte zur Sozialdemokratie. Die Thätigkeit der Kommission für Arbeitersstatistik wurde vom Bandabgeordneten Möller absprechend kritisiert und ihr von den Unternehmern ein Regulativ vorgeschrieben zur Sammlung von Material gegen die Streiks der Arbeiter. Namenslich wurde die Bäckererverordnung als sozialistisch und unpraktisch angegriffen und selbstverständlich einstimmig eine Resolution angenommen, in der das Unternehmertum diese Verordnung bedauert und die zuverlässliche Hoffnung ausdrückt, daß die bekannte Regelung der Verhältnisse der Angestellten in offenen Ladengeschäften die Zustimmung des Bundesrates nicht erhalten werde. Das Unternehmertum hält nicht zurück mit seinen Wünschen und Absichten: es droht der Regierung ziemlich unverhüllt mit dem Bauaufschlag der Opposition. Frühere Versammlungen des Centralverbands zeigten von Befriedenheit, jetzt herrscht fast sozialdemokratische Unzufriedenheit mit dem Kaiserstaat.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Redakteur der volksparteilichen Münchener Freien Presse, Moßl, ist vor das Schwurgericht wegen Majestätsbeleidigung (Beleidigung des deutschen Kaisers) verwiesen. Es handelt sich um Bemerkungen des Blattes zu der Bezeichnung des Kaisers Wilhelm I. als „der Große“ und über die im Januar erfolgte Stiftung eines preußischen Ordens zur Erinnerung an Kaiser Wilhelm I.

* Berlin, 5. Juni. Zu der von uns gestern verzeichneten Nachricht von der Ermordung des deutschen Instruktionsoffiziers Krause in Nanking meldet das Berliner Stimmorgan, die Post, daß im Reichsmarineamt nichts bekannt, im Auswärtigen Amt nichts zu erfahren gewesen sei.

Aus der letzten Sitzung der Budgetkommission des Reichstags sind die Erklärungen hervorzuheben, die der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf abgab. Danach ist die Militärverwaltung „aufrichtig und ehrlich“ an den Versuch herangetreten, die zweijährige Dienstzeit einzuführen. Bis 1899 ließe sich aber ein abschließendes Urteil nicht gewinnen. Die Mandatshabten jedenfalls gezeigt, daß die „Ausbildung durch die zweijährige Dienstzeit nicht gelitten“ habe. Darüber, wie sie sich im Kriege bewähren würde, hätten wir keine Erfahrungen. Das sollte auch wirklich eine spätere Sorge sein. Man dürfe der Militärverwaltung nicht trauen, daß sie durch diese Vorlage die dreijährige Dienstzeit auf einem Umweg vorbereiten oder festlegen wolle. Was die 19 Männer betrifft, die jedes Bataillon abgeben sollten, so könne diese geringe Zahl unmöglich so ins Gewicht fallen, daß die weitere Fortsetzung der zweijährigen Dienstzeit dadurch in Frage gestellt werden könnte. Die Aufgaben, die den Halbataillonen zugewiesen waren (Verminderung des Wach- und Arbeitsdienstes, Ausbildung des Kriegssatzes, der Einjährig freiwilligen u. c.), würden die Vollbataillone in einzelnen Fällen leichter, in anderen weniger leicht lösen; doch die Kommandeure würden Vollmacht zu einer gewissen Ausgleichung erhalten. Betreffs der Vorfälle der zweijährigen Dienstzeit teilte Herr von Bronsart mit, daß ein Drittel der Kommandobehörden bei einer Umfrage ablehnend, zwei Drittel Zustimmend geantwortet haben, die letzteren indes unter bestimmten Bedingungen. Tatsächlich habe bisher die zweijährige Dienstzeit gute Ausbildungsbefreiungen geliefert. Der Versuch mit der zweijährigen Dienstzeit solle nicht unterbrochen werden. Warten wir ab, und seien wir misstrauisch! Alles, was der Kriegsminister ausführte, kam doch nur darauf hinaus, daß die Militärverwaltung bei ihrer jeweiligen Vorlage nicht den Hintergedachten habe, die zweijährige Dienstzeit damit zu bestätigen, und beweist nichts gegen die Befürchtung, daß die Umgestaltung der viersten Bataillone in der vorgeschlagenen Form den Gegnern der zweijährigen Dienstzeit neue Handhaben für ihre Agitation zu Gunsten der dreijährigen Dienstzeit geben wird!

Bei der Taufe von Bismarcks Enkel, dem Sohne des Oberpräsidenten Bill Bismarck, wird der Kaiser Pathenstelle übernehmen.

Die Nachricht englischer Blätter, die deutsche Regierung absichtliche Entsendung von Technikern nach Indien zum Studium des Betriebes der dortigen von Eingeborenen geleiteten Baumwollfabriken, beruht nach Information des Berliner Tageblattes auf Erfahrung. Wenn die deutsche Regierung Berichte über derartige Einrichtungen, sowie darüber benötigte, umwelt Indien ein Absatzgebiet für deutsche Waren sein könnte, so würde sie sich hierzu der Vermittlung der deutschen Konsuln bedienen. In unterrichteten Kreisen halte man diese Nachricht englischer Blätter für weiter nichts als für einen Schredschuß, dessen Wirkung auf die englischen Kaufleute, die nichts so sehr fürchten, als die deutsche Konkurrenz, kaum ausbleiben dürfte. Ja, ist es denn so unpraktisch und unslog, Techniker ins Ausland zu schicken?

Zur Reichstagswahl in Löwenberg in Schlesien, die am 4. Juli stattfindet, haben die Konservativen den Bandabgeordneten Grafen Mößl als Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkreis war früher freisinnig vertreten; ging aber 1892 mit Friedländer's Tode verloren.

Um seine Pensionierung soll der Wahlmacher des Saalekreises, Landrat v. Werder, beim Provinzialausschuss eingetragen werden. War's möglich denn?

Der Handel rechnet mit den Junkern ab. Es geht zweifellos, so lesen wir in dem Wochenbericht des Handelsblatts der Post, über den landwirtschaftlichen Produktionshandel, innerhalb des Kaufmannsstandes etwas vor, und zwar nicht nur an der Berliner Börse allein, sondern offenbar in Gemeinschaft mit Hauptinteressenten der Provinzen und anderer deutscher

Staaten. Immer mehr nimmt die Bereitwilligkeit ab, die Agrarier, die in jeder Weise nicht nur das Geschäft, sondern auch die Ehre der Kaufleute angreifen, und deren Tätigkeit überall unter Kuratel stellen möchten, noch länger durch Vorschüsse und Kredite zu unterstützen. Die meisten mit den großen Firmen in Verbindung stehenden Landwirte haben einen großen Teil ihres Betriebskapitals von Produktenhändlern entnommen, indem sie sich auf die später zu entstehenden Getreidemengen und Spekulationserwerben lange vorher Vorschüsse geben lassen, die den Betrieb ermöglichen. Oft genug muß der Kaufmann weit über die bestimmte Zeit hinaus auf das Eintreffen der schon längst bezahlten Ware warten, und riesige Summen von Vorschüssen werden von einem Jahre auf das andere übertragen, ohne Erledigung zu finden. Es handelt sich hier um Hunderte von Millionen, für die ein greifbares Unterfangen nicht gegeben wird, sondern denen nur das Vertrauen künftiger Regulierung seitens der Geldnehmer als Grundlage dient. Da die Sorgen hierbei nur die landesüblichen sind, so giebt es kein Bankinstitut, keine staatliche oder private Kreditanstalt, die in gleicher Weise den Landwirten die von den Kaufleuten gewährten Kapitalien ersehen könnte. Die Kreuzzeitung erklärt zu diesem Artikel der Vossischen Zeitung, daß auch nach ihren Informationen in Spekulationskreisen der Versuch gemacht wird, eine allgemeine Agitation auf Entziehung des den Landwirten bisher gewährten Kredits einzuleiten und durchzuführen. Die Kreuzzeitung sucht sich damit zu trösten, daß es schwer fallen werde, "die kapitalistischen Interessenten des Effektivhandels" für diese Agitation zu gewinnen.

Militärisches. In Bissau ist den Mannschaften der dortigen Garnison infolge der in der letzten Zeit wiederholten vorgelöschten Schlägereien zwischen Soldaten des 50. Infanterie- und des 20. Feldartillerie-Regiments das Tragen des Seitengewehrs in den Dienstfreien Stunden untersagt worden. Muß der Soldat überhaupt ein Seitengewehr außer Dienst tragen? — Erschossen hat sich in Bamberg in der Karmelitenstraße der Unteroffizier Gunzen mit seinem Dienstgewehr im Zustande hochgradiger Trunksucht. — Wegen dringenden Verdachts, sich gegen § 176, 3 des St.-G.-V. (Blutstrafende) vergangen zu haben, ist der Lieutenant F. in Noworazlam (Polen) verhaftet worden. Er ist vorläufig im Lazarett untergebracht, wo er auf seinen "Geisteszustand" untersucht werden soll. — Der Rebiteur Schöler wird seinen Kampf gegen den Militärismus, den er in seinen bekannten Broschüren: Militärische Schreckensbilder und Zwei Jahre Arbeitsoldat begonnen hat, fortführen. In den nächsten Wochen wird eine dritte Broschüre von ihm erscheinen, die sich auf die jetzt beendete Prozeßverhandlung in Hannover stützt, die ihm wegen Bekleidungen, begangen in dem Werkhause: Zwei Monate Arbeitsoldat, acht Monate Gefängnis eingebrochen hat.

Hamburg. 5. Juni. Der Senat der Stadt Hamburg kann sich der von einem ganz kleinen Teil der Bürgerschaft gewünschten Errichtung einer Kammer für Landwirtschaft nicht zustimmend erklären. In der Verfassungs- und Verwaltungs-Reformfrage wird es nunmehr zur verfassungsmäßigen Niederlegung einer Vermittelungskommission von drei Senats- und sechs Bürgerschaftsmitgliedern kommen, da der Senat von der Einsetzung einer Deputation für Eisenbahn- und Verkehrsweisen nichts wissen will, die Bürgerschaft in ihrer großen Mehrheit aber eine solche wünscht.

Bremen. 4. Juni. Laut der Weserzeitung beschloß die Vereinigung der Bremer Getreidehändler einstimmig, dem Senat mitzuteilen, daß sie ein Verbot des börsenmäßigen Getreidehandels im Interesse des Getreidegeschäfts und der Mühlenindustrie Bremens mit Freuden begrüßen würden.

Karlsruhe. 4. Juni. Wie eifrig die Unternehmer besessen sind, pflichtgetreuen Gewerbeinspektoren ihr Amt zu erschweren, lehrt die Bekleidungsklage eines badischen Fabrikanten gegen den rühmlich betauften Regierungsrat Wörishoffer in Karlsruhe. Wörishoffer hatte in seinem letzten Bericht den Mangel weiblicher Gewerbeinspektoren bedauert unter Hinweis auf einen besonderen Fall, wo ein Aufseher in einer großen Anzahl für Seiffabrikation wiederholt und in höchst auffälliger Weise Misshandlungen an Arbeitersinnen vorgenommen hatte. Zugleich hatte er hinzugefügt, daß in 5 Fällen Klagen vor dem Amtsgericht erhoben waren, jedoch mit Vergleichen endigten, indem der Aufseher eine Geldentschädigung entrichtet und die Kosten übernommen habe. Der Versuch, eine Verurteilung des Aufsehers herbeizuführen, sei mißlungen, da die Fabrikleitung mit ihm sehr zufrieden war und erklärte, sie habe keinen Anlaß, den "pflichttreuen" Aufseher zu entfernen. (Das Wort pflichttreuer ist auch im Bericht mit Ausführungszeichen versehen.) Der Fabrikant habe sich dabei auch auf das niedere sittliche Niveau der Arbeitersinnen berufen. Zu der Anführung dieser Thatsachen erblieb der Fabrikant eine Bekleidung und strengte, wie gesagt, gegen den Fabrikinspektor die Klage an.

Das Ministerium des Innern hat aber gegen diese Bekleidungsklage vor dem Verwaltungsgerichtshof die Vorfrage zur Entscheidung anhängig gemacht, ob die Klage überhaupt zulässig sei, d. h. ob sich der Vorstand der Fabrikinspektion einer Übertretung seiner Amtsbefugnisse schuldig gemacht hat. Der Verwaltungsgerichtshof verneinte diese Frage.

München. 5. Juni. Dem Landtag soll noch eine Nachtragsforderung wegen Wiederherstellung des königlichen Schlosses in Würzburg zugehen.

Oesterreich-Ungarn.

Ganz wie — anderswo.

Semberg (Galizien). 4. Juni. In der hiesigen Citadelle erschoss sich der Einjährig-Freiwillige des 30. Infanterie-Regiments Marchiwoski, angeblich wegen Weißhandlung seitens seiner militärischen Vorgesetzten. Es ist dies, wie hiesige Blätter her vorheben, seit Neujahr bereits der fünfte Selbstmord in diesem Regiment. Die Polen werden daherhalb eine Interpellation an den Reichskriegsminister richten.

Schweiz.

Bern. 3. Juni. Der Ständerat bewilligte heute debattlos die Bewährung eines Zuschlusses von 1000000 Fr. (800000 M.) an den Kanton Basel-Stadt zur Fortführung des Hüninger Kanals bis Basel.

Frankreich.

Eine Erklärung der sozialistischen Kammerfraktion. — Bittere, Bittere!

Paris. 4. Juni. Die sozialistische Gruppe der Deputierten-Kammer hat eine Tagesordnung angenommen, die ausdrückt, daß die Gruppe gewillt ist, den Raum gegen alle reaktionären

Regierungen fortzusetzen, jedoch die Unterstützung sofort durchzuführender Reformen vorschlägt, die auch unter dem kapitalistischen System die Lage der Arbeiter verbessern könnten. So dann wird als das Ziel der Gruppe die Befreiung des kapitalistischen Regimes, um der Ausdeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu machen, die Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat, die Erfüllung des Privateigentums durch das Gesellschaftseigentum und das internationale Zusammengehen der Arbeiter erklärt. Ferner nahm die Gruppe eine Tagesordnung an, wonach diejenigen ihrer Mitglieder, die sich der Abstimmung über die aufgeworfenen Prinzipienfragen enthielten, darum der notwendigen Einigung aller in der parlamentarischen und politischen Aktion keinerlei Abbruch thun wollten.

In der Kammer interpellierte der Radikale Menon über das Vorgehen der Polizei, die die Sozialisten brutalisiert habe, die am 24. Mai die Gräber der Kommunenmitglieder besuchten. Der Minister des Innern, Barthou, erwiderte: Alle Bürger dürfen Propaganda für ihre Ideen machen, unter der Bedingung, daß sie die Gesetze des Landes respektieren. Mit dem Votum der Amnestie wollte das Parlament das Vergessen eines verhängnisvollen Datums votieren, aber nicht ein "Verbrechen verberlichen". Die Regierung habe am 24. Mai nur für die Aufrichterhaltung der Ordnung gesorgt. Der Sozialist Faberot hält eine Vorrede auf die Kommission, die die Entstehung der Republik bewirkte habe. Präsident Brisson: Die Republik sei nicht durch die Kommission, sondern durch den Nationalwillen entstanden; er werde keine Verherrlichung der Kommission zulassen, die eine Empörung gegen das allgemeine Stimmrecht gewesen und als solche unterdrückt worden sei. Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde angenommen mit 415 gegen 64 Stimmen.

Die Schamlosigkeit des Herrn Barthou, der die Kommission beschimpft, spricht für sich selbst. Und daß der Bourgeois Brisson über den Aufstand von 1871 noch heute "sittlich entüstet" lebt, versteht sich. 1871 hat das Proletariat zum erstenmal im Feuer exzerziert. Bittere, Byzanz!

Der Radikale Pierre Vaudin wurde ohne Gegenkandidaten mit 54 Stimmen zum Präsidenten des Pariser Gemeinderats gewählt.

Spanien.

Rausbolde in Uniform. — Wahlrechtsattentat.

Madrid. 4. Juni. Infolge eines persönlichen Zwistes hatten sich Marshall Martínez-Campos, der Schlappenheld von Cuba, und General Vorero ihre Beugen geschickt. Der Zweikampf sollte eben im Hause eines hiesigen Rentners beginnen, als der Generalkapitän von Madrid eintrat und den Kampf verhinderte. Die Beugen haben den Wortwechsel der Gegner aufgezeichnet. Der Ministererrat beschloß, Marshall Martínez-Campos und General Vorero bis auf Widerruf mit Hausarrest zu belegen. Eine alberne Posse!

Die Regierung braucht diese Säbelkämpfer gegen den "inneren Feind", sie plant ein Wahlrechtsattentat, was unsere Errichtungsfächer sicher sehr erfreuen wird. Die letzten Sitzungen der Cortes verdienen eine gewisse Beachtung wegen der Offenheit, mit der sich der Ministerpräsident Canovas über den Wert des allgemeinen Wahlrechts äußert. Er hat sich gegen das bestehende allgemeine Wahlrecht erklärt und in Aussicht gestellt, daß die Regierung mit Hilfe der gegenwärtigen Cortes dieses Recht "verbessern" werde. Auf das "Verbessern" versteht sich die Canovas so gut wie die — Schill und Mehnert.

Großbritannien.

Parlamentarisches.

Londou. 3. Juni. Heute ist das Derby-Mennen, und die alte Posse der Verlegung über die vorstädtischen Saturnalien wurde auch gestern, wohl zum leistemal, im Unterhaus beantragt und zwar unter dem lästlichen Vorwand, daß es nicht passend sei, die Bründen-Bill, die heute zur Behandlung kommt, am Derby-Tage zu besprechen. Die heuchlerischen Anglianer wurden aber glänzend aus dem Felde geschlagen; zum erstenmal seit langem fanden sich John Morley und Joseph Chamberlain in derselben Lobby (Abstimmungskorridor) gegen die Verlegung: diese beiden Männer, vordem so intim wie Brüder, bekämpfen einander jetzt von entgegengesetzten Seiten.

Wie zu erwarten stand, hat Gladstones offener Brief an den Papst in den Kreisen der Nicht-Anglianer großes Vergernis, ja bei einigen sogar Entrüstung hervorgerufen. Insolge der von der anglikanischen Klerikerei befürworteten Schul-Bill sind die Beziehungen zwischen den Anhängern der Staatskirche und des Dissententums sehr gespannt, und da nun der gerechte Staatsmann die Praktiken der Hochkirche sich zu eigen macht, und für priesterliche Ansprüche eintritt, kann man es den Nonkonformisten und Sekternicht verargen, wenn sie den gleichen Bürsatz als albern erklären und sie sich weigern, darüberhin von dem Mann ins Schlepptau genommen zu werden, der mit Rom und der Kurie liebglügt.

Auch die Bequemlichkeit der Herren Minister hat ihre gute Seite. Herr Balfour, der sich nach den Moorländern und den Golfküsten sehnt — er ist ein ebenso gelübter als leidenschaftlicher Golfspieler — will lieber einen Teil der Schul-Bill freigeben, als die Verlegung über Mitte August verschieben. Lebriegen haben die Minister gegen alles Erwartete schon gestern die Einzelberatung der Bischöfchen-Bill zu Ende gebracht, welche das Abschlagen alles aus dem Ausland stammenden Viehs im Antunsbachen gesetzlich vorschreibt. Vergeblich strukturierte sich die Opposition gegen diese das Fleisch verteuende Maßregel, und suchte erst die Kolonien, besonders Kanada, das viel Schlachtwich nach England ausführt, von dem Gesetz auszunehmen, und dessen Wirksamkeit auf eine Anzahl Jahre zu beschränken. Die Agrarier waren unerbittlich und noch diese Woche soll die dritte Lesung stattfinden. Dieser Umstand ist bedeutsam, da er die Abnahme des Einflusses des Herrn Chamberlain und seiner Fraktion anzeigen. Chamberlain war von jeher gegen dieses schwäbische Gesetz.

Zwei Wahlerfolge der Liberalen.

In Somerset-Frone und in Wict haben am 3. Juni die Liberalen Mandate zurückgewonnen, die ihnen bei den vorigen Wahlen mit freilich nicht allzubedeutenden Mehrheiten entzogen worden waren. Somerset-Frone ist ein Wahlkreis, der häufig die Farbe wechselt. 1885 siegten dort die Liberalen mit 763, im folgenden Jahre die Konservativen mit 704, im Jahre 1892 wieder die Liberalen mit 487, im vorigen Jahre die Konservativen mit 374 Stimmen Mehrheit. Am 3. Juni haben wieder die Liberalen die Oberhand erlangt und die Unionisten, die den Konservativen angegliederte rechtsliberale Chamberlain'sche Gruppe, mit 299 Stimmen Mehrheit aus dem Felde geschlagen.

Der Wahlkreis Wick-Burghs war früher in den Händen der Liberalen, fiel aber 1892 von ihnen ab und entsandte den Unionisten Bender mit 127 Stimmen Mehrheit ins Parlament. Auch 1895 hielt er an diesem Verwerber fest, dessen Mehrheit freilich auf 24 Stimmen zusammenschrumpfte. Am 3. Juni erlangte der im vorigen Jahre unterlegene liberale Verwerber Hedderwick eine Mehrheit von 212 Stimmen.

Niederland.

Von der Katastrophe in Moskau.

Der Moskauer Korrespondent der Köln. Blg. versichert, daß nach der schauerlichen Katastrophe in Moskau die Stimmung weiterer Bevölkerungskreise immer mehr an Schärfe zunimmt; ständig wächst die Zahl derjenigen, die das furchtbare Unglück als beabsichtigte Folge dunkler Treibereien betrachten. Die Zahl der Toten sei unbekannt. Auf einem Kirchhof allein wären 1800 Leichen beerdigt worden. Vor der Katastrophe bei dem Anfang der Krönung durch die Herolde wurden gleichfalls 18 Personen getötet.

Türkei.

Der Aufstand auf Kreta.

Eine türkische Truppenabteilung von 85 Mann, die nach Vamos auf Kreta zurückgekehrt war, um dort zurückgelassenes Material abzuholen, ist bis auf zwei Mann von den Aufständischen niedergemacht worden. Die Truppen waren in Vamos von den Aufständischen eingeschlossen, dann aber entzogen.

Vom Reichstage.

Zu der heute stattfindenden dritten Beratung des Entwurfs eines Börsengesetzes haben die Abg. Graf v. Arnim und Graf v. Kanitz folgende Resolution eingereicht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herren Reichstagsabgeordneten zu erlauben, in Rücksicht auf die durch das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten notwendig werdenden Veränderungen des Geschäftsverkehrs an den Produktionsbörsen sowie beabsichtigt Abstimmung der auf dem Losomarkt u. a. in Bezug auf die Preisstellung hervorgetretenen schweren Mißstände dem Bundesrat resp. den Landesregierungen nachstehende Gesichtspunkte bei Beschlussfassung über die Organisation der Produktionsbörsen zur Berücksichtigung zu empfehlen. 1. Für Geschäfte, die an deutschen Produktionsbörsen abgeschlossen werden, sind amtliche Registrierungsstellen zu schaffen, bei denen die an der Börse abgeschlossenen Geschäfte nach Umsang, Preis und Qualität des Objektes ohne Kenntnis der Kontrahenten anzumelden sind. 2. Kommissionen, bestehend zu drei gleichen Teilen aus Landwirten, Müller und Händlern, haben nähere Bestimmungen darüber zu treffen, welche Grundsätze bezüglich der Qualitätsunterschiede der verschiedenen Getreidesorten beabsichtigt Herbeiführung angemessener Getreidepreisnotierungen aufzustellen sind. 3. Zur Schlichtung von Streitigkeiten über auf Grund von Proben und Mustern abgeschlossene Geschäfte sind Sachverständigen-Kommissionen zu bilden, bestehend aus unparteiischen, dem Handel, der Landwirtschaft und den Müller angehörigen Sachverständigen, die von dem Namen des Eigentümers des Streitgegenstandes keine Kenntnis haben.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig. 4. Juni.

Die Verteilung der Verantwortlichkeit unter mehrere Redakteure behandelte ein Erlassen des Reichsgerichts, das in der Prozeßsache gegen Genossen Redakteur Karl Thiel in Harburg gefällt wurde. In dem Volksblatt für Harburg war die Verurteilungsschrift in einem Prozeß gegen einen Kolonialwarenhändler in Bünde veröffentlicht worden, bevor die Verurteilungsvorladung stattgefunden hatte. Darauf waren Erörterungen über Vereine und Vereinsrechte geführt worden. Es lag ein Vergehen gegen § 17 des Preßgesetzes vor. Das Landgericht Stade hat den Redakteur Thiel zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die betreffende Zeitschrift war aber von mehreren Redakteuren verantwortlich gezeichnet. Verantwortlich für die Rubriken Politik, Feuilleton und Vermischtes war Thiel, für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung aber Heinrich Kaufmann. Die intrigierte Notiz hatte nicht in einer der drei besondern genannten Rubriken gestanden, sondern in dem übrigen Teile. Das Landgericht hatte aber nur Thiel zur Verantwortung gezogen, weil die Notiz wegen des Zusatzes als politisch angesehen wurde. — Auf die Revision Thiels hob das Reichsgericht im Einverständnis mit dem Staatsanwalt das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es kommt bei der Verteilung der Verantwortlichkeit (§ 7, 2 des Preßgesetzes) nicht nur auf den Inhalt an, sondern auf Form und Inhalt. Die Rubriken seien hier anscheinend in erfassbarer Weise abgegrenzt. Dann kommt es nicht auf den Inhalt an, sondern auf den Platz, wo die intrigierte Notiz stand. Als verantwortlich müsse dann auch derjenige Redakteur angesehen werden, der für die betr. Rubrik gezeichnet habe.

Ein salomonisches Urteil.

Dass auch einmal die Anschaunungen und Empfindungen von Sozialdemokraten durch ein Gerichtserlebnis ausdrücklich gegen "psychische Unruhebewegungen" geschützt werden, ist gewiß ein äußerst sel tener Fall. Ein solcher hat sich aber am 2. d. M. in Mühlhausen in Thüringen zugestragen. Es wird der Post von dort berichtet: "Ein Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie hatte bei der hiesigen Massenversammlung der Sozialdemokraten der Cigarrenarbeiter B. ausgebracht. Das hiesige Schöffengericht verurteilte ihn deshalb wegen Verleumdung „groben Unfugs“ zu zehn Mark Geldstrafe. Der von dem Angeklagten angeführten Rechtfertigung, daß die betreffende Versammlung als sozialdemokratische angemeldet und auch nur Sozialdemokraten dort anwesend gewesen seien, bei denen dieses Hoch kein Vergernis erregt habe, schloß sich das Gericht nicht an. Es sei anzunehmen, daß auch Nichtsozialdemokraten, z. B. Neugierige dort anwesend gewesen seien, außerdem könnten sich auch Sozialdemokraten über ein solches Hoch ärgern, da wie selbst Reichstagsabgeordnete im Reichstag ausgeführt, ein Teil der Sozialdemokraten bemüht sei, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur auf gesetzlichem Wege, nicht durch Revolution zu ändern." Ein salomonisches Urteil.

Konstantinopel. 3. Juni. Wie die Weserzeitung meldet, wurde der deutsche Schiffsheizer Reim, der am 1. Dezember vorigen Jahres in einer Vorstadt Konstantinopels einen französischen Matrosen erstach, vom Schwurgericht unter Bewilligung mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Hierzu eine Beilage.

Gewerkschaftskartell!

Montag den 8. Juni
abends 1/2 Uhr Versammlung
im Universitätskeller, Ritterstraße.
Tagesordnung: 1. Der Streit der Schmiede, Sattler und Glaser.
2. Die Sonntagsruhe.
Um vollständiges und plakatives Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! . Delegierte d. Gewerkschaftskartells.

Indem im Laufe der letzten Zeit infolge der verschiedenen Streits hohe Ansprüche an das Gewerkschaftskartell gestellt worden sind, auch gegenwärtig der Streit der Schmiede und Sattler noch stattfindet, werden die Delegierten ersucht, dass sie zu sorgen, dass dem Vorstand Gelder zur Verfügung stehen, damit er allen Ansprüchen gerecht werden kann. Auch stehen Sammler zur Verfügung. Dieselben sind zu entnehmen beim Kassierer Kuhnert, Leipzig, Lange Straße II.

4981]

Der Vorstand.

Buchbinder-Fachverein

(Arbeiter und Arbeiterinnen).

Sonnabend den 6. Juni abends 1/2 Uhr
Vereins-Versammlung
im Restaurant W. Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Rede des ewigen Friedens. Referent: Herr Prediger Wiener. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Wie vorher hierdurch die Mitglieder auf die Versammlungen zahlreicher wie bisher zu besuchen.
Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Holzarbeiter

Sonnabend den 6. Juni abends 1/2 Uhr

[5016]

Versammlung
im Universitätskeller, Ritterstraße 7.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Robespierre. Referent: Herr Schütte, Schriftsteller. 2. Die Sonntagsruhe.

Der Einberufer.

Dachdecker!

Sonntag den 7. Juni vormittags 10/2 Uhr

[5017]

Oeffentl. Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Ritterstraße 7.

Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Bericht vom Kartell und Stellungnahme zur Gründung eines Unterstützungsfonds. 3. Vorschläge zu unserem Ausflug. 4. Ausgabe der Statutenbücher und Aufnahme neuer Verbundemitglieder. Restanten werden nochmals aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wobei falls Ausflug. Nach sind noch mehrere neue Statutenbücher abzuholen. In nächster Versammlung Bekanntgabe der Restanten.

D. B.

Achtung, Bauhandarbeiter.

Sonntag den 7. Juni vormittags 10/2 Uhr

[5041]

Oeffentliche Versammlung
der Einzelmitglieder Leipzigs

im Gesellschaftshaus, Kreuzstraße 14.

[5042]

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtigen Streits. 2. Wahl eines Revolvers. 3. Besprechung über einen Ausflug und Sommervergnügen. 4. Gewerkschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vertrauensmann.

Köpfer!

Montag den 8. Juni abends 8 Uhr

[5043]

Grosse öffentl. Versammlung
im Universitätskeller, Ritterstraße 7.

Die sehr wichtige Tagesordnung wird dagegen bekannt gemacht.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

D. B.

Die Kollegen der Firmen Kahle u. Gebr. Weihmann werden besonders zu dieser Versammlung eingeladen.

[5042]

Radfahrer.

Montag früh 1/2 Uhr am Blücherplatz.

Es ist die erste Wicht eines jeden Genossen zu erscheinen.

[5018]

Mittwoch den 10. Juni abends 1/2 Uhr

Näheres in der Dienstag-Nummer.

Sonntag den 14. Juni Familien-Ausflug nach Grimma.

Willeis, & M. 1,20, sind beim Kassierer G. Schindl, Siboniensstraße 16, zu entnehmen.

Der Vorstand.

Kürschner v. Lindenau u. Umg.

Sonntag den 7. Juni 1896

im Goldenen Adler (fr. Turnerheim)

Sommerfest
verbunden mit Konzert und Ball sowie Herren- und Damenbelustigung, Blumenverlosung u. Kinderspiele.

Ball bis 2 Uhr.

Freunde und Gönnner werden hierzu ergeben eingeladen. Das Festkomitee, Programme im Vorverkauf à 15 Pf., sind bei den Herren Restaurateuren Ruhle (Erholung), Janke (Post) sowie in sämtlichen Filialen des Konsumvereins in Lindenau zu haben. Programme an der Kasse à 20 Pf.

[4841]

antwortlicher Redakteur: Rich. Lipinski in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Beilage zu Nr. 127 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 5. Juni 1896.

Aus der Partei.

Halle a. S., 4. Juni. In einer konservativen Versammlung hielt der Kandidat Werkzeugmeister Althaus seine Kandidatenrede. Unsere Genossen setzten in der Debatte dem Braven und seinen Färsprechern vom Bund der Handarbeiter ic. gar hart zu.

Soziale Rundschau.

■ Berlin, 4. Juni. Die Angestellten der Berliner Privatpost haben heute früh für das weitere Publikum wie für die Direktion der Privatpost ziemlich unerwartet die Arbeit eingestellt. Der Postbetrieb stockt in den ersten Morgenstunden vollständig, da fast sämtliche Kastenleerer, Briefbeschalter und Expressfahrer den Dienst verweigerten. Beider haben sofort Neuverstallungen stattgefunden, so daß der Betrieb gegen Mittag wieder aufgenommen werden konnte. Auf den gelben Briefkästen steht heute früh Zeitschrift mit der Aufschrift: "Betrieb wegen Generalstreik eingestellt. Der Expressverkehr, durch Radfahrer bewerkstelligt, stockt gänzlich. Die Ursachen des Streiks ergaben sich aus der unerhöht gebrüllten Lage der Bediensteten. Schon lange hatten die Unternehmer, die Speditionsfirme Arheim, Grothe, Müller und Hinze, sowie J. Witts Lohnanhänger und Betriebsverleichtungen zugesagt, aber die Erfüllung blieb bis jetzt aus. Die Angestellten wußten sich nicht mehr anders zu helfen, als daß sie in den Streik eintraten. Die Zahl der Streitenden beläuft sich auf 8-1000 Mann. Die Bediensteten haben ihre Forderungen gestern abend formuliert und sie der Direktion eingereicht; die Verhandlungen nicht abgelaufen sein soll.

Die Männer beabsichtigen abermals in den Ausstand einzutreten. In diesem Sinne resolvierter gestern abend eine von etwa 1500 Männern besuchte Versammlung. Und zwar erfolgt die Wiederaufnahme des Streiks, weil die neuständige Arbeitszeit auf 264 kontrollierten Bauten mit 2546 Arbeitern noch nicht bewilligt worden ist. Auf anderen 881 Bauten mit 4083 Arbeitern ist sie schon durchgeführt. Der Anfang des Ausstandes beginnt mit dem 8. Juni. Doch soll vorher noch in verschiedenen Versammlungen die augenblickliche Situation erörtert werden, in einer allgemeinen Versammlung, die am Sonntag stattfinden wird, soll dann der endgültige Beschluß gefasst werden.

Der Verbandstag der deutschen Kaufmännischen Vereine. Die am 8. und 9. Juni in Berlin stattfindende Hauptversammlung des deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine wird sich mit mehreren wichtigen Fragen beschäftigen haben. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik über die Beschäftigung der Arbeitszeit, über die Nährgungsfristen und Lehrungsverhältnisse im Handelsgewerbe, die Abänderung des deutschen Handelsgesetzbuches, die Errichtung Kaufmännischer Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Prinzipialen und Gehilfen oder Lehrlingen, die Frauenarbeit im Handelsgewerbe und die Versicherung gegen Stellenlosigkeit.

Bei besonders pilant aber werden die Verhandlungen voraussichtlich werden durch das beabsichtigte Reitergericht über den von Dr. Max Quark geleiteten Verein für Kaufmännische Angestellte in Frankfurt a. M. und die von diesem in der Bewegung der deutschen Handlungsgesellschaft vertretenen Richtung. Freilich wird dieses läbliche Vorhaben in der offiziellen Tagesordnung, die der Verbandsvorstand veröffentlicht hat, schamhaft verschwiegen; es ist da nur die Rede vom Ausschluß "eines Verbandsvereins" auf Antrag "mehrerer Verbandsvereine". Aber die ganze Geheimnißthuerei wird gründlich zu nichts gemacht durch die von Quark redigierte Kaufmännische Presse, die in der angenehmen Lage ist, in ihrer letzten Nummer das ganze Material, das als Brennholz zum Scheiterhaufen dienen sollte, zu veröffentlichen.

Da der Vorstand des Verbandes sich offenbar nicht recht gegen Quark vorgezogen traut, so wurde der braunschweigische Verein, der sehr viele Prinzipale in seinen Reihen zählt, dazu aufersehen, den Brandstift zu schleudern. Er schreibt u. a. in einer Eingabe an den Verbandsvorstand: "Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß kein anderes Mittel zu einer gründlichen Abhilfe führen kann, als eine reine Scheidung zwischen denjenigen Verbandsvereinen, welche die Interessen des Handelsgewerbes und insbesondere auch des Gehilfenvorstandes in gemeinsamer Arbeit mit dem immer noch über-

wiegenden einsichtigen Teile der Prinzipialschaft fördern wollen und demjenigen Verein, welcher den erbitterten, in sozialdemokratischer Manier geführten Kampf gegen die Prinzipialschaft auf seine Fahne geschrieben hat."

In der Bulletritt des braunschweigischen Vereins heißt es klipp und klar: "Grund für die Ausschließung eines Vereins ist gegeben, wenn derselbe in einer ganz einseitigen Weise nur die Interessen der Handlungsgesellschaften vertritt." Nur die Interessen der Handlungsgesellschaften! Man will also im Verbande nach wie vor die Harmoniebusselei pflegen, was im Grunde aber nichts anderes ist, als Vertretung der Interessen nur der Prinzipale.

Wie jetzt gemeldet wird, hatte der Vorstand des alten kaufmännischen Vereins in Frankfurt a. M. beschlossen, die Delegierten zum Verbandsstage zu beauftragen, für den braunschweigischen Antrag auf Ausschließung des Quarchischen Vereins zu stimmen. In einer Versammlung des Vereins ist dies Vor gehen aber durch das entschlossene Auftreten der Mehrzahl der Mitglieder durchkreuzt worden; mit 72 gegen 46 Stimmen wurde der Antrag des Vorstandes abgelehnt.

Ein böses Omen für die Absichten der Herren auf dem Verbandsstage.

Kapitalistische Arbeitersorge. In Braunschweig ist eine große Zuliebnerei abgebrannt, 1650 Arbeiter und Arbeitserinnen sind dadurch vor die Existenzfrage gestellt worden. Als nun verschiedene Arbeiter den Fabrikdirektor über die fernere Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses zur rede stellten, gab ihnen der Mann zur Antwort: "Geld ist genug da; ein Teil der Arbeiter kommt nach Bechelde (einer Filiale der Fabrik), wo jetzt Tag- und Nachschicht gemacht werden soll. Ein Teil muß die Stadt unterstützen."

Hannover, 4. Juni. Damit der Faben nicht abreißt, hat nunmehr auch die hiesige Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Bank-, Hilfsarbeiter und Arbeitserinnen ihre Politisch-Erläuterung bekommen. Die Regierung in Hannover scheint vieles Schreibwert zu lieben, sonst könnte sie doch einfach mit einem einzigen Erlaß sämtliche gewerkschaftlichen Organisationen für politische erklären; oder handelt sie etwa nach dem Rezept jenes weichherzigen Mannes, der seinem Hunde täglich ein Stückchen vom Schwanz abzieht, damit es ihm nicht auf einmal so weh thun sollte?

■ Jeni-Hamburg, 4. Juni. Nachdem die Arbeitgeber zuerst

die Bemühungen des Gewerbegerichts zur Beilegung des Streiks der Tischler und Lackierer schroff zurückgewiesen hatten, ist der Ausstand nun doch durch einen Sieg der Arbeiter beendet worden.

München, 4. Juni. Der Streik in der Vierstafabrik von Pessberger u. Co. dauert noch immer fort. Die Haltung der Streitenden ist gut; sie hoffen auf baldigen Sieg, wenn die Kollegen allerorts ihre Solidarität bezeigen. Alle Botschriften und Sendungen sind zu richten an: Ant. Raith, Tischler, München, Kleinzstraße 97, III.

■ Wien, 3. Juni. Sämtliche Fabriken des Industrieortes Neunkirchen und Umgebung in Niederösterreich wurden geschlossen, da sich die Arbeiter dort mit den ausständigen Arbeitern einer Fabrik solidarisch erklären, und da die Fabrikanten das Verlangen der Arbeiterschaft: sie sollen die Besitzer der betriebsfähigen Fabrik verlassen, die Forderungen ihrer Arbeiter zu bewilligen, zurückwiesen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

■ Dresden, 4. Juni. In der heutigen Stadtverordnetensitzung möchte Oberbürgermeister Beutler Mitteilung, daß seitens des Fiskus der Stadtverwaltung das Gebäude des Einbindungs-Instituts zum Kauf angeboten wurde; es schweben noch Verhandlungen. Danach scheint festzustehen, daß die Regierung einen Neubau an anderer Stelle ausführen will. Kurz vor Schluß des Landtages gab dieser in bedingter Form seine Zustimmung.

In der gleichen Stadtverordnetensitzung wurde an Stelle des Dr. Hau, der die gutdotierte Direktorielle der Dresdener Bürgerschaft vorzog, Dr. Kreisjmar zum achten beflockten Stadtrat gewählt; die Stelle des neunten Stadtrats wird darüber frei. Auch wurde eine neue (dritte) Stadtbaurätschaft begründet und der städtische Betriebsdirektor Hesse für diese gewählt.

Kleine Chronik.

Leipzig, 5. Juni.

■ Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker in Halle a. S. Auf Grund des § 16 Abs. 4 der Vorschriften betr. die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker, ist den zur Zeit noch fehlenden staatlichen Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungsmitteln, an denen die nach Nr. 4 im ersten Absatz des genannten Paragraphen nachzuweisende praktische Ausbildung erworben werden kann, die Versuchsstation des landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen zu Halle a. S. (Vorsteher: Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Maercker) gleichgestellt worden.

■ Ein Genießstüchlein des Théâtre français, des ersten Pariser Theaters, gibt gegenwärtig in Paris Umlauf zu boshaften Blößen über das Elbje; den Sitz des Präsidenten Faure. Bei der Generalprobe des fälschlich wieder aufgeführten Hamlet hatte eine Worte in der Freiheit, ehe er verfault? worauf der Totengräber antwortet: "Meiner Freu, wenn er nicht schon vor dem Tode verfault, so danzt er 8 bis 9 Jahre aus; ein Lohgerber 7 Jahre. Sein Gewebe gerbt ihm das Fell so, daß er eine Zeitlang das Wasser abhält und das Wasser richtet so ne Blöße verläßt zu Grunde." Wenngleich Dichter häufig Propheten sind, so kann man doch ruhig sagen, daß die Überseher Meurice und Dumas, als sie diese Verse schrieben, keine Anspielung auf das Geschäft (Gebrauchsgegenstände und Lederhändler) beabsichtigten, das Präsident Faure ehemals betrieben hat, noch auch auf die siebenjährige Präsidentschaft. Als diese nahezu fünfzig Jahre alten Verse von der Bühne erstanden, ging ein vernehmliches Klären durch das Publikum. Die Zuschauer stießen einander mit dem Ellbogen an und lächelten verständnisvoll. Kein Zweifel, alle hatten bei dem "Lohgerber, der sich sieben Jahre konserviert", an Faure und sein Septennat gedacht. Der Leiter des Théâtre français, Jules Claretie, wollte dem Staatsoberhaupt den Schmerz ersparen, der Gegenstand einer so depestlerischen Heiterkeit zu sein, und er befahl dem Schauspieler, der den Totengräber gab, von nun an zu sagen: "Ein Lohgerber hält sich acht Jahre." Bei der Aufführung vom 8. Mai versprach sich der Schauspieler und sprach den Vers laut und deutlich, trotz der An-

strengung des Souffleurs, nach dem ursprünglichen Text; ja, manche wollen wahrgenommen haben, daß er die Worte: "Lohgerber" und "Sieben Jahre" mit besonderem Nachdruck betonte. Großes Ergebnis im Publikum und arge Verzweiflung bei Claretie! Das Regierungskollegium hat deshalb beschlossen, den widergespenstigen Vers und die vier folgenden zu streichen.

■ Ernesto Rossi †. Der berühmte italienische Schauspieler und Dichter, Ernesto Rossi, geboren 1829 zu Ivorno, ist am 4. Mai abends, im Alter von 87 Jahren, zu Pescara in der Provinz Abruzzi seinen Leiden erlegen. Als Student der Rechtswissenschaften in Pisa folgte er dem unwiderlichen Drange seiner Künstlernatur und ging zur Bühne. Auf der Pariser Weltausstellung von 1855 entzückten er und die Ristori alle Welt. Rossi war ein realistischer Darsteller ersten Ranges, ein vollendetes Techniker, einer der ersten Darsteller unserer Zeit.

■ Die Quelle des Nigerstroms. Eine wichtige geographische Feststellung, nämlich die der Quelle des Niger, des drittgrößten Stromes in Afrika, ist neuerdings gemacht worden. Die englisch-französische Kommission, die die Grenzen zwischen Sierra-Leone und dem französischen Sudan feststellen soll, hat die Quelle des Niger, deren Lage bereits von Zweigle und Mouster 1879 annähernd festgestellt wurde, nach der Angabe von Petermanns Mitteilungen endgültig ermittelt, nachdem bereits 1895 der französische Kapitän Trout den Ort besucht hatte. Nach dem Bericht des englischen Kommissars Colonel J. A. Trotter befindet sich der Quellbach bei dem Dorfe Lembi Kundu unter 9° 5' 20" nördl. Breite und etwa 10° 50' westl. Länge von Greenwich, also wesentlich weiter nach Nordwesten als nach Zweigles Bestimmung. Die Höhe beträgt 2800 Fuß (850 Meter).

Humoristisches.

An einen Sonntagsredner. (Variante.) Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist oft nur ein - Ritt.

Bei einer sehr steifen table d'hôte läßt der Kellner eine Platte fallen. Der Oberkellner weiß den ungeschickten Menschen zurecht mit den Worten: "Jean, Sie sind doch ein ganz verfluchter Schafslop!" — "Endlich," wendet sich freudestrahlend ein Gast an den Oberkellner, "endlich einmal ein vernünftiges Wort." (W. Bl.)

Für das "Nationaldenkmal" der Völkerschlacht bei Leipzig wurden 5000 M. bewilligt. Am Bismarck soll am 11. Juli ein Glückwunschkreis gesendet werden; an diesem Tage ist er 25 Jahre Ehrenbürger von Dresden. Eine Deputation geht nicht dahin.

Der Landesverein der freisinnigen Volkspartei im Königreich Sachsen hält am Sonntag den 21. 6. vor mittags 11 Uhr in Helsingr. Clubhaus seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht der Jahres- und Kassenbericht, die Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses, sowie ein Vortrag des Herrn Stadtverordneten Kaufmann Oskar Günther, Blaauw i. W., über das Thema: Unsere Stellung zur deutschen Volkspartei. Werner weist die Tagesordnung Anträge von Mitgliedern ic. auf. Die Generalversammlung soll am Sonnabend den 20. 6. abends 8½ Uhr in der Centralhalle mit einem Vortrag eines Reichstagsabgeordneten eingeleitet werden. Es gehört sicherlich eine eingehaftete Geduld und ein heroischer Opfermut dazu, in Sachsen noch für die Sache des "Freisinnigen" zu agieren.

Endlich einmal haben wir auch aus Dresden ein Urteil zu berichten, das aus dem Rahmen der sonst hier üblichen hinausfällt. Der Maurer Genosse Eisold trug auf richterliche Entscheidung an gegen ein auf 20 M. Geldstrafe lautendes Mandat. Er ist beschuldigt, am 2. Mai in einer Schankwirtschaft unbefugt eine "öffentliche" Geldsammlung zu Gunsten der streitenden Maurer veranstaltet zu haben. Ein Gendarm hat ihn erwischt, als er in der Wirtschaft unter Maurern eine Bißt circuliere ließ. Heute erklärt E., die Maurer seien von einem und demselben Van gewesen, mithin könne von einer öffentlichen Sammlung keine Rede sein. Das Gericht hält diesen Einwand für berechtigt und sprach E. frei. "Man habe Bedenken gebracht," so erklärt der Vorsitzende, "die Sammlung für eine öffentliche anzusehen, weil man dann jede Sammlung, die etwa unter einer Gewalterschaft veranstaltet würde, als "öffentliche" ansehen müsse."

Bittau, 4. Juni. In unserer Stadt erscheint seit Dienstag unter dem Titel: "Bautischer Neueste Nachrichten" die dritte Tageszeitung, die, ohne einer bestimmten Parteierichtung anzugehören, für "unparteiische nationale Politik" eintreten will. Unseren Segen hat das Blättchen.

Unter den hiesigen Schulkindern sind in größerer Zahl Masernerkrankungen aufgetreten.

Bautzen, 4. Juni. Hier fand am Mittwoch die Pastoral-Konferenz der Oberlausitzer Geistlichen statt. Die Herren erbaute sich an einem salbungsvollen und sicherlich für Pastoren sehr belebenden Vortrag über Amt und Gemeindeleben der Gegenwart im Lichte des apostolischen und nachapostolischen Zeitalters! Neben alles das, was zur Zeit das Volk bewegt, wurde kein Wort gesprochen — im Gegensatz zur eben verlaufenen Berliner Pastoral-Konferenz, wo bekanntlich der "geendigte" Stöber eine heftige Hintertelegramm-Oppositionsrede hielt. Dafür hatten aber die Herren in Bautzen auch die hohe Ehre, von Vertretern der "hohen" Behörden "heraldische" Worte zu vernehmen.

Neiße, 4. Juni. Die Parteigenossen des 22. sächsischen Wahlkreises haben hier eine Parteikonferenz abgehalten, in der Genosse Preß über die Dresdener Landesversammlung berichtete. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, die ausdrückt, daß man von dem Beschuß, betreffend das Landtags-Wahlrecht, nicht befriedigt sei, sich aber der Majorität fügen wolle.

Vereine und Versammlungen.

Die öffentliche Maurerversammlung, die am 8. Juni im Saale des Pantheons tagte, war von etwa 1000 Personen besucht. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Gesuch an die städtische Behörde betr. Schaffung einer Bauarbeiter-Schutzordnung; 2. die Organisation der deutschen Maurer; 3. die Einhaltung der Tarifzüge für innere Pugarbeit und Stundenlöhne; 4. Abhaltung eines Sommerfestes. Beim 1. Punkt betonte Kollege Jacob die Notwendigkeit einer Bauarbeiter-Schutzordnung. Darauf wird einstimmig beschlossen, daß das Agitationskomitee an die städtische Behörde resp. an das Stadtoberverordnetenkollegium ein bissigliches Gesuch einzureichen hat. Zum 2. Punkt sprach anstatt des Kollegen Beyer ebenfalls Kollege Jacob. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, dem Centralverband der deutschen Maurer beizutreten, wenn deren gerechte Sache vorwärts kommen soll. Die älteren Kollegen bedienten sich vielfach der Ausrede, sie wären nun zu alt, für sie hätte das jetzt keinen Zweck mehr. Das sei eben verkehrt. Wenn die Maurer erst eine straffe Organisation besitzen, würde der ältere Kollege viel besser von den jüngeren Kollegen unterstützt werden, als dies jetzt der Fall sei, wo jüngeren jeder thut, was ihm beliebt. Daher habe jeder Kollege, der dem Verbande schon angehört, die Pflicht, seinen Kameraden zu veranlassen, dem Verband beizutreten und in diesem Sinne zu agieren, sei es in seinem Heimatorte, in der Baubude oder überhaupt, wo sich Gelegenheit dazu bietet. Werner wußt bislang, zu der Konferenz, der Maurer für Königreich und Provinz Sachsen und Anhalt, die am 28. Juni in Meißen tagt, Delegierte zu entsenden und werden die Kollegen Jacob, Berthold und Orth dazu gewählt. Beim 3. Punkt entspann sich eine längere Debatte, die damit endete, daß der Beschuß vom 25. May, pro Quadratmeter inneren Pug aufrecht erhalten bleibt und jeder Kollege aufgefordert wird, streng-daran festzuhalten. Werner werden die Kollegen erzählt, die Verhandlungen über den Accordus den Geschäftsführern streng der Wahrheit gemäß mitzutun. Wegen angeblicher Maßregelung wurden dem Kollegen Vernecke 10 Mark bewilligt, dem Kollegen Heinrich jedoch nur 5 Mark, weil er sich bis dato nicht an der Organisation beteiligt habe. Kollege Heinrich verzichtete auf die Unterstützung. Es wurde alsdann das Verhalten der Kollegen beim Maurermeister Passauer an dem Kaiserneumauwerk gerügt, die sich erlaubt hätten, die Woche vor Pfingsten nur eine halbe Stunde Mittag zu machen, damit sie am Pfingstmontagabend zu Mittag Feierabend machen könnten. Trotz der reichhaltigen Tagesordnung hielt es Kollege Ebeling unter Zustimmung anderer Kollegen für notwendig, den Kollegen Jacob zu interpretieren, weshalb er Berlin früher verlassen habe und heute nicht Bericht über den Gewerkschaftscongres erstattet habe. Kollege Jacob gab darauf Aufklärung, wodurch sich die Ebelingsche Interpretation erledigte. Zum 4. Punkt wird eine Kommission von fünf Mann gewählt, um mit den Vorstehern in Verbindung zu treten. Es wird dabei der Wunsch ausgesprochen, den weilschen Stadttell zu berücksichtigen. Die Kommission besteht aus den Kollegen Großmann, Orth, Ebeling, Besche und Berthold. Zum Schlus wird dem siebzehn Kollegen Mühlwitz, der schon 16 Wochen frank ist, eine einmalige Unterstützung von 80 Mark einstimmig bewilligt.

Eine öffentliche Versammlung der Maler und Lackierer fand am Montag den 1. Juni im Pantheon statt, die beim ersten Punkt der Tagesordnung den Bericht der Lohnkommission entgegennahm: Da zur Zeit Werkstallstreiks oder Aussände nicht mehr vorliegen, jedoch die Lohnfrage nicht aus den Augen gelassen werden

lann, wurde laut Antrag beschlossen, die Lohnkommission aufzuheben und deren Arbeiten dem Agitationsteam überwiesen. Die Beiträge zum Unterstützungsfonds werden auf 20 Pf. wöchentlich herabgesetzt und die Kollegen aufgefordert, mehr wie bisher die Versammlungsbeschlüsse einzuhalten und für regeren Betrieb der Streikmärkte unter den Kollegen zu sorgen. Zum zweiten Punkt: Die Lage und unsere Organisation, wurden die Kollegen aufgefordert, der Organisation beizutreten, da, wenn auch die Lage im allgemeinen gegenüber der vorjährigen durch die 1895er Herbstbewegung eine bedeutend günstigere geworden, es unbedingt notwendig erscheine, sich noch stärker wie vordem zusammenzuschließen, nur dann könne man den Arbeitgebern in geschlossener Masse gegenüberstehen, das Ertrügliche festhalten und dort, wo die Forderungen der Gehilfen noch nicht erfüllt sind, sie bei günstiger Gelegenheit zur Anerkennung zu bringen. Weiter werden die Kollegen erucht, die statistischen Fragebögen, die von der Vereinigung der Maler ausgehend, die Lage unseres Gewerbes über ganz Deutschland feststellen soll, sobald wie möglich an den Vertrauensmann Kollegen Grüner, Hohe Straße 87, oder an den Universitätskeller einzutragen, woselbst auch diejenigen, die noch nicht im Besitz eines Fragebogens sind, einen solchen entnehmen können. Sodann wird zum Arbeitsnachschlag noch eine Erstwahl vorgenommen und in das Agitationsteam neu gewählt die Kollegen Bölt, Pilsseder und Grüner. Die Versammlung war leider nur schwach besucht.

Eine gut besuchte Holzarbeiterversammlung tagte am 30. Mai im Universitätskeller. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Campanella, ein Vorläufer des neueren Sozialismus, referierte Kollege Dößler. Beim 2. Punkt: Gewerkschaftliches, wurde die einheitliche Fabrikordnung des Unternehmens einer scharfen kritik unterzogen und gerügt, daß in der Druckfabrik von Böhme, Fleischstraße, sechs Tischaer den streikenden Glasern in den Rücken gefallen sind und als Raubräuber arbeiten. Kollege Wolf macht noch darauf aufmerksam, daß im Arbeiterverein die Beichenkurve, von technisch gebildeten Leuten geleitet, wieder beginnen und bittet die Kollegen, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Zur Buchdruckerbewegung.

Wir erhalten folgende Botschaft:

Auf die gestrige Erklärung des Herrn Gash bin ich gezwungen, so widerstreitend es auch für mich ist, abermals zu erwidern. In dem Schlusshau seiner Erklärung spricht Herr Gash von stundenlangen Gesprächen und Befreiungen, die ich in den letzten anderthalb Jahren mit Herrn Ramm gepflogen haben soll. Dieser Satz kann dahin verstanden werden, als ob ich in den letzten 1½ Jahren fortgesetzt mit Herrn Ramm in Verkehr gestanden hätte. Dies ist nicht wahr. Gegen Weihnachten 1894 brachen bei Ramm und Seemann Differenzen aus, indem dem Personal jener Druckerei zugemutet wurde, auf eine längere als 14-tägige Kündigungsfrist einzugehen. Zwischen dem Personale, Herrn Ramm und mir fand eine diesbezügliche Befreiung statt, die dazu führte, daß jene Maßregel unterblieb. Schließlich so wie in der Druckerei von Ramm und Seemann stand die Einführung längerer Kündigungsfristen auch für weitere Druckereien in Aussicht, und um dem zu begegnen, stimmte ich einem Vorschlag des Herrn Ramm zu, eine von örtlichen Vertretern von Prinzipialen und Gehilfen zu beschließende Befreiung stattfinden zu lassen. Diese Befreiung kam nicht zu Stande und seit dieser Zeit (also seit ca. 1½ Jahr), bis zu den Tarifverhandlungen, wo ich mit den anderen Kollegen gemeinschaftlich an den Sitzungen teilnahm, habe ich Herrn Ramm weder gesehen noch gesprochen, auch nicht mit ihm in irgend welchen Verkehr gestanden.

Ich hielte es für notwendig, dies berichtigend zu erklären, um der Legendenbildung dahingehend die Spitze abzubrechen, als ob ich hinter dem Rücken der Gehilfschaft und wie dies dann auch notwendig der Fall wäre, hinter dem Rücken des Vorstandes Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen mit den Prinzipialen konspirierte hätte.

Otto Riedel.

Von den sozialdemokratischen Parteiblättern hat sich auch die Burgstädtler Volksstimme in unserem Sinne gegen die Berliner Tarifabmachungen ausgesprochen. Sie drückt heute den Artikel: Ein Anschlag gegen das Koalitionsrecht zustimmend ab. Eine frühere Notiz der Volksstimme war von uns leider übersehen worden.

Auch die Thüringer Tribune drückt heute unseren Artikel nachträglich noch ab, so daß nunmehr fast die gesamte Partei-Presse in unserem Sinne zu den Vorgängen in der Buchdruckerbewegung Stellung genommen hat.

Die ursprünglich nach Leipzig einberufene Konferenz der Gaubovsleher des Verbundes deutscher Buchdrucker findet heute und morgen in Berlin statt. Der Korrespondent-Redakteur ist der Konferenz ferngeblieben und hat ihr in einer schriftlichen Erklärung die Kompetenz bestätigt, über seine Amtsenthebung Beschluss zu fassen. Hierüber ist bekanntlich allein die Generalversammlung des Verbundes zuständig.

Der Verbandsvorsitzende Döblin erklärt heute im Vorort ein eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die ganze Darstellung der Sachlage durch den Korrespondent-Redakteur ist ein Lügengewebe. Das sogenannte Tarifamt, das nach Gash berufen sein soll, das Koalitionsrecht der Buchdrucker zu vernichten, wird von dem Leipziger Prinzipialvertreter nicht einmal gewünscht, weil es die Prinzipiale finanziell belastet, in dem Institut erblicken aber die Gehilfsvertreter eine wirkungsvolle Wohlfeile zur Durchführung des Tarifes; eine Schädigung für die Gehilfschaft kann nur dann erfolgen, wenn in das Tarifamt Gehilfsvertreter eingesetzt werden, die ihre Pflicht gegen die Organisation ebensoviel wie Herr Gash begriffen haben. Gewiß bedauere ich die auf böswillige Verbreitung der Thatsachen beruhende Information der Partei-Presse, deren Eingreifen, wenn auch unbeabsichtigt, verhängend wirken muß. Von einer Lähmung des Verbundes kann gar keine Rede sein, weil nicht dieser mit der Prinzipialität palieren soll, sondern die sogenannte Allgemeinheit der deutschen Buchdrucker; dies weiß Herr Gash auch sehr gut, er braucht aber einen Popanz, um die von ihm seit langem beabsichtigte Berücksichtigung der Organisation, wozu er an den verschiedensten Orten sich der nötigen Helfer versichert hat, durchzuführen. Ob die Partei ein Interesse daran hat, will ich nicht erörtern.

In der Leipziger Buchdruckerversammlung ließ Herr Döblin auch in Bezug auf letzteren Punkt seiner Phantasie die Bützelschlehen und beschuldigte Gash im Dienste der Sozialdemokratie zu stehen.

Wie die Prinzipiale die geringfügigen Tarifaufbesserungen, die in Berlin zugestanden wurden, einzuhalten wünschen, zeigt außer der Thatsache, daß die Prinzipiale von Rheinland-Westfalen ihren Vertreter schon längst in aller Form verengnet haben, ein zu der bevorstehenden Hauptversammlung des Prinzipialverbands durch den Buchdruckereibeamten Friedrich in Dresden in seiner Eigenschaft als Kreisvertreter gestellter Antrag folgendes Wortlaut:

Im Falle die Hauptversammlung den Antrag auf Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnverhöhung bezw. noch weitere Erhöhungen in einzelnen Paragraphen des Tarifs annimmt, ist Bissel 1

des § 6 der Satzungen, welche das Obligatorium des Tarifs für die Vereinsmitglieder auspricht, zu streichen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Juni.

Der Leipziger Zeitung ist der in der Reichstagsitzung vom letzten Mittwoch bei Beratung des Entwurfs eines Reichsvereinsgesetzes erfolgte Hinweis auf das jetzige Messen mit zweierlei Maß höchst unbedeutend. Das saubere Blatt hat zwar gegen die verschiedenartige Behandlung der politischen Parteien an sich nichts einzuwenden, nur willst es es, daß die jetzige Ungeheuerlichkeit dieser verschiedenenartigen Behandlung durch eine Gesetzesänderung begegnet werde. Das Blatt schreibt:

Als strikte Verteidiger exceptioneller Behandlung beringen, die sich offen als Feinde des heutigen Staates erkennen und aus ihren revolutionären Zielen kein Heil machen, werden wir nicht in den Verdacht kommen, daß wir dieses „Messen mit zweierlei Maß“ grundsätzlich verwerten. Im Gegenteil, wir haben es, seitdem die ehrliche Probe mit der Nichtverlängerung des Sozialstengesetzes gescheitert ist, konsequent befürwortet. Über wir wünschen, daß dieses „zweierlei Maß“ mit dem Wortlaut des Gesetzes in Übereinstimmung gebracht werde, weil die öffentliche Autorität, das Unsehen des Richterstandes sowohl wie das der Verwaltungsbüroden auf die Dauer leben muß, wenn bessere Worte je nach der politischen Partei, mit der man es zu thun hat, verschiedene Anwendung erleben.

Die Notwendigkeit nicht einer der gleichmäßigen Gesetzesanwendung, sondern der heuchlerischen Verhälterierung der „doppelten Durchführung“ beweist das Blatt an dem Ausbruch des Stosses im Reichstage, wonach in Sachsen in den letzten Monaten nicht weniger als 98 Vereine, darunter auch Fachvereine, gewerkschaftliche Vereine, ja Gefangenviere aufgelöst worden sind, es den Arbeitern also unmöglich gemacht wurde, von den ihnen nach der Gewerbeordnung zustehenden Rechten Gebrauch zu machen. Anstatt aber nach einer unparteiischen Gesetzesanwendung, rufe das sächsische Scharfmacherblatt zur höheren Ehre der Geschicklichkeit, nach Ausnahmegesetzen wider, die verhafte Sozialdemokratie.

Der nationalliberale Verein für das Königreich Sachsen hält am Sonntag den 14. Juni hier im Nothlichen Saale in der Schulstraße eine außerordentliche Hauptversammlung ab, an die sich als Haupstisch ein Festmahl anschließen wird, bei dem die Herren „Überalen“ aus Freude über die gelungene Vernichtung des gleichen Wahlrechts die Champagnerpfropfen steigen lassen werden.

Zur Glaserbewegung. Aufgrund des Annahmeschlusses hat Herr Glasermeister Ebel, Lindenau, seine gegebene Genehmigung der Gehilfsforderungen zurückgezogen; 7 Mann haben insgesamt die Arbeit sofort niedergelegt.

Gegen die Konsum- und Filialgeschäfte hat das sächsische Ministerium des Innern eine Verordnung an die Kreishauptmannschaften erlassen, in der es heißt, daß in den größtmöglichen Kreisen der Landes schon seit einiger Zeit Verirrungen hervorgekommen sind, die darauf abzielen, den „Schäden und Gefahren“, die das Überhandnehmen von Filialen und von großkapitalistischen Vereinigungen auf dem Gebiete des Detailhandels mit gewissen Warenangaben für den gewerblichen Mittelstand mehr und mehr mit sich bringe, durch eine besondere Besteuerung dieser Gewerbsformen von Seiten der Gemeinden zu begegnen. Im allgemeinen — so heißt es weiter in der Ministerialverordnung — haben sich die Gemeinden gegen derartige Wünsche der beteiligten Kreise bisher ziemlich ablehnend verhalten, wobei wohl hauptsächlich die vielfach verbreitete Ansicht mitgewirkt haben mag, daß es hierzu erst der vorherigen Abänderung der einschlagenden Bestimmungen unserer Gemeindeordnungen bedürfe. Nachdem jedoch diese Frage auf dem vorigen Landtag aus Ablauf des Antrages über und Benossen, sowie einer Anzahl von daraus bezüglichen Petitionen in der Zweiten Kammer eingehend behandelt und hierbei von der Staatsregierung in Übereinstimmung mit ihrer schon zeiterstreckten Ansicht ausschließlich dargelegt worden ist, daß die Gemeinden schon jetzt die Fähigkeit haben, durch Anlagen regulativ eine derartige besondere Gewerbesteuer einzuführen, und nachdem sowohl die Beschwerde- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer als auch diese Kammer selbst sich hiermit einverstanden erklärt haben, darf wohl angenommen werden, daß dieser Frage mehr und mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden wird, und daß die Gemeinden künftig auch geneigter sein werden, sie da, wo sich ein Bedürfnis dazu heraussetzt, in einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Weise zu regeln.

Die antisemitischen Kleinkrämer werden sich diesen Wink schnell zu Nutze machen.

Unglaublich aber wahr. Den Münchener Neuesten Nachrichten wird aus Bayreuth geschrieben: Bekanntlich verkauft die Königl. bayerische Postamt am Schalter in der Nürnberger Ausstellung sogenannte Ausstellungspostkarten, die sich von den gewöhnlichen 5 Pf.-Postkarten nur durch den Aufdruck des Ausstellungsgebäudes auf der Vorderseite (Abreiß-Seite) der Karte unterscheiden. Bei meinem Besuch der Ausstellung vor einigen Tagen fertigte ich eine solche Karte an meinen Schwager nach Leipzig ab. Soeben erhalte ich nun die Mitteilung, daß diese offizielle Königl. bayerische Postkarte von der Kaiserlich-deutschen Post mit einem Strafporto von 15 Pf. belegt wurde, da ein Bildausschnitt auf der Vorderseite der Karte nicht zulässig sei!

Es wird weiter gewählt. Der Centralverband deutscher Industrieller, der jetzt in Berlin tagt, faßte nach einem Votum des Landtagsabgeordneten Möller gegen die Vorschläge der Reichskommission zur Regelung der Arbeiten in Bilderebetrieben und der Baden schluß und einstimmig folgende Resolution:

Der Centralverband deutscher Industrieller beharrt den Erfolg der Verordnung des Bundesrats, betr. den Betrieb von Bilderebetrieben und Konditoreien vom 4. März 1896, und glaubt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Vorschläge der Kommission für Arbeitstatistik, betr. die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in öffenen Bildergeschäften, die Zustimmung des Bundesrats nicht erhalten werde.

Siehe auch unseren Berliner Brief in heutiger Nummer.

Der Arbeiterverein Leipzig veranstaltet am Sonntag den 7. Juni im Brauereigarten zu Südermarkt ein großes Volksfest, das nach dem Programm eine sehr gute Unterhaltung zu bieten verspricht. Neben der Kapelle von Günther Coblenz wirken auch sämtliche Sängerknaben und Sänger des Vereines, es sind ihrer ungefähr 600, mit. Im Garten werden Aufführungen am Trapez, Aufführung des Chinesentanzes, Kasinotheater und viele Volksbelustigungen geboten. Auch für die Kinder ist während des Konzertes in der Halle durch Unterhaltung und

Belustigungen auf der Wiese hinlänglich gesorgt. Karten sind in sämtlichen Vereinslokalen zu entnehmen.

Die (neue) Leipziger Elektrische Straßenbahn eröffnete heute mittag 12 Uhr auf der Linie Göhlis-Marienplatz den Betrieb. Die Wagen verkehren in Zeitabständen von 10 Minuten von Göhlis aus durch das Rosenthal, die Wald-, Elster- und Carlstraße, über die Promenade, Thomaskirchhof, Thomasgasse, Markt, Grimmaische Straße, Augustusplatz, Poststraße, Querstraße nach dem Marienplatz.

Quartiergelder. Die Entschädigung für die in Göhlis vom 1. resp. 7. bis mit 19. Mai d. J. in der Anton-, Augusten-, Brüder-, Böttcherstraße, im Vergleichshaus, in der Brau-, Breitfelder-, Karl-, Eisenbahn-, Haupt-, Garten-, Untere Georgstraße, am Kirchplatz, in der Langen-, Linden-, Lindenthaler-, Mittel-, Möckern-, Schiller-, Schmiede-, Seiten- und Stiftstraße eingeschlossenen Truppen vom 8. Infanterieregiment Nr. 107 kam in den nächsten drei Tagen beim Quartieramt, Naschmarkt 2, im Erdgeschoss links, Zimmer 30, gegen eigenhändige Quittung leistung erworben werden. Das Quartierbillett ist aufzugeben.

Bermuth wird seit dem 2. Juni die Blätterin Amalie Martha Tiebig, geboren am 3. Oktober 1875 in Halle a. S., hier Sternwartenstraße 2 wohnhaft gewesen. Die Tiebig, die ein Klöschchen mit Gist bei sich führt, hat die Absicht ausgesprochen, sich das Leben nehmen zu wollen.

50 Mark Belohnung sichert Herr W. Lehmann in Göhlis demjenigen zu, der über den Verbleib des vermissten 20-jährigen Paul Lehmann sichere Auskunft geben kann.

Überfahren. Der Geschäftsführer eines Biegelwagens aus Zwönitz kam beim Einfahren in einem Neubau der Südstraße zu Lindenau beschäftigter 29-jähriger Gasarbeiter. Der Kran wurde ins Krankenhaus gebracht.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag in dem Gründstück Zwingerndorfer Straße 10 zu Auer. Aus einem Treppenfenster des Hofgebäudes stürzte ein 11jähriges Mädchen und durchschlug ein Glasbrett, wobei ihm ein Stück das eiserne Rahmen in den Kopf drang. Schwer verletzt wurde das unglückliche Kind, das in dem Fenster das Gleichgewicht verloren hatte, ins Krankenhaus gebracht.

1000 Mark will ein hier durchreisender Herr auf dem Bayerischen Bahnhof verloren haben. Das (Popier) Geld soll sich in einem Taschenbuch befinden haben.

Diebstähle in der Markthalle. Am Sonnabend abend hätten sich in der Markthalle zwei Burschen versteckt und waren bis zum Montag früh darin geblieben. In der Zwischenzeit haben sie mehrere Diebstähle ausgeführt und verschiedenen Schaden angerichtet. So stahlen sie einer Schokoladenbäckerei 11 Mark bar, Kakao und Schokolade, tranken ein Gläschen Cognac zur Hälfte leer und zerbrachen Marzipankügelchen. Einer anderen Frau haben sie die Leinen zer schnitten. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hatte sich wieder ein zehnjähriger Junge in der Markthalle einschließen lassen, der aber früh beim Deffen der Halle erwischt und verhaftet wurde. Er soll bereits gestanden haben, an dem ersten Diebstahl mit beteiligt gewesen zu sein.

Geprellte Radfahrer. Ein hiesiger Bäckermeister, der sich vor einigen Tagen ein Fahrrad gekauft hatte, machte einen Ausflug nach Wahren, wo er in einem Gasthause Einkehr hielt, das Rad aber vor demselben einsteuern aufstellte. Ein vorübergehender junger Bursche schwang sich auf das Rad und fuhr zum Erschrecken des Meisters davon. Den Vorgang hatte aber ein anderer Radfahrer beobachtet, der kurz entschlossen dem frechen Diebe, nachholte, ihn auch einholte, in diesem Moment aber mit seinem Rad, daß irgend einen Schaden erlitten hatte, zusammenbrach, so daß der Dieb mit dem gestohlenen Rad entkam. — In ähnlicher Weise kam ein Buchbindemeister in L-Auer um sein Rad, der im Hofe seines Grundstücks mit einem Fremden über den Verkauf des Rades unterhandelt hatte. Der vorjährige Buchbindemeister hatte die Bitte um Getatung einer Probefahrt bereits abgelehnt, als plötzlich wahrscheinlich von einem Complicen des Fremden gezogen, die Ladenklingel den Buchbindemeister abrief, worauf der Unbekannte sich auf das Stahlrohr schwang und damit verschwand.

Wieder hat das mutwillige Schaufeln in einem Boote ein Menschenleben gekostet. Unweit des Pfahlbaurestaurants mache sich vorgestern nachmittag in der fünften Stunde der Handelsmann Franz Wagner, Friedrichstraße 11, den Scherz, seine Begleiter im Boote, den Arbeiter Meyer und die Fabrikarbeiterin Christoph, durch Schaufeln zu erschrecken. Der Kahn schlug um, alle drei fielen ins Wasser und während Meyer und die Christoph von dem Fabrikanten Niedrich des Pfahlbaurestaurants gerettet wurden, saud Wagner in der Tiefe den Tod. Fischer fanden nach einstündigem Suchen seinen Leichnam, der aufgehoben und ins Pathologische Institut gebracht wurde.

Quittung	
über geleistete Beiträge der Gewerkschaften an das bietige Gewerkschaftsamt.	
1. Gewerkschaftskartell:	
Bäder	Mr. 17.50
Vergolber	" 10.-
Zimmerer	" 60.-
Wälder	" 185.-
Bauarbeiter	" 50.-
Freie Sänger, Comœdie	" 5.-
2. Ortsfrankenklasse:	
Gäser	Mr. 5.-
Bauhandarbeiter	" 10.-
Bildhauer	" 5.-
Maurer	" 15.-
3. Distengeld:	
Bäder	Mr. 5.-
Schuhmacher	" 24.00
Uthographen und Steinbrüder	" 50.-
Schmiede	" 8.25
Holzarbeiter	" 10.70

NB. Endesunterzeichner erachtet die Delegierten, daß für Sorge zu tragen, daß die Beiträge an das Gewerkschaftsamt auch quartalsweise entrichtet werden sowie die Inhaber von Disten, so bald als möglich abzurechnen.

Karl Kubert, Kassierer, Lange Straße 11, II.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Aus einem Schuhwarengeschäft in der Eisenbahnstraße (Oststadt) hat seinem Besitzerin zufolge ein Knabe am 18. Mai I. J. zwei Stücke Schuhleder im Werte von etwa 4 M. aus einer offenen Kiste gestohlen. Die Ermittlungen nach dem Eigentümer des Leders sind bisher erfolglos gewesen. Es ergibt daher die öffentliche Aufforderung an ihn, sich in der Kriminalabteilung der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 68, zu melden.

Leipzig, 8. Juni 1896.

Polizeiamt.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 28. bis mit 30. Mai.

Standesamt III.

(Umsicht die Stadtteile Gohlis und Eutritzsch.)

Geschlechtungen: Liebert, Friedrich Ernst, Kassenbote, mit Staub, Marie Henriette, in Gohlis. — Funk, August Selma, in Gohlis. — Schmitz, Adolf Hugo, Bäcker, mit Anna Marie, in Gohlis. — Barth, Joseph, Spinner, mit Schmidt, Agathe Bertha Theodore Meta, in Eutritzsch. — Stephan, Johann Georg, Tätiler, mit Hesse, Johanne Auguste Luise, in Gohlis. — Schmidt, Karl Christian Robert, Fabrikarbeiter, mit Böhrnchen, Luise Emma, in Gohlis. — Tiegsch, Gottlieb Friedrich Wilhelm, Maler, mit Kühl, Anna Ida, in Gohlis. — Hölzel, Louis Theodor, Buchhalter in Leipzig, mit Guldner, Marie Pauline Clara, in Eutritzsch. — Zusammen 8.

Geburten: Voigt, Franz Hermann, Mechaniker L. — Paul, Friedrich Wilhelm Otto, Kaufmann L. — Götz, Eduard Hermann, Polizei-Inspektor S. — Elsner, Karl Emil Berthold, Kaufmann S. — Fischer, Franz Wilhelm, Nadler S. — Weber, Karl Friedrich, Steinzeuger L. — Neisegger, Friedrich Otto, Heizer S. — Lehmann, Richard Max, Lehrer L. — Haussmann, Friedrich August, Rollmachers S. — Schönfelder, Ernst Max, Kaufmann S. — Krebs, Johann Wilhelm, Eisenbahnmutter L. — Börner, Friedrich Erdmann, Eisenbahnvorarbeiter L. — Fröhlich, Oskar Emil, Kutschier L. — Baas, Karl Eduard, Schuhmachers S. — Lohn, Franz, Milchhänder S. — Hebel, August Wilhelm, Handarbeiter S. — Höhne, Emil Richard, Tapetierer L. — Paul, Otto Franz, Tischlers S. — Stroll, Johann Theodor, Glässermann L. — Dörsel, Karl Heinrich, Fabrikarbeiter L. — Müller, Franz Hermann, Kohlenarbeiter S. — Zusammen 22 Geburten (einschließlich ein uneheliches Mädchen).

Gestorbene: Burscher, Johann Georg, Markthelfer S., 8 M. 14 L. — Böhme, Richard, Invalidens S., 4 M. — Hebel, Georg Alfred, Handarbeiter S., 6 L. — Wagner, Albert Arthur, Gesellschafter S., 6 M. — Löbel, Willy Gustav Fritz Karl, Wagenmachers S., 4 M. 7 L. — Mann, Fritz Kurt, Schuhmachers S., 6 J. 4 M. 22 L. — Sachs, Frla Johanna, Tischlers L., 1 M. 6 L. — Zusammen 8 Todesfälle (einschließlich ein unehelicher Knabe).

Standesamt IV.

(Umsicht die Stadtteile Lindenau, Plagwitz, Kleinschöna und Schleußig.)

Geschlechtungen: Haase, Alloys Andreas Gustav, Prokurist in Bremen, mit Henning, Karoline Sophie Luise, in Lindenau. — Ebert, Friedrich Hermann, Eisenbrecher, mit Gläser, Pauline Emilie, in Plagwitz. — Elsnermann, Otto, Handarbeiter in Lindenau, mit Witzner, Franziska Laura, in Plagwitz. — Möhring, Gustav Adolf, Drechsler in Plagwitz, mit Merker, Emilie Anna, in Lindenau. — Höppling, Leander Emil Gustav, Fleischer, mit Jäger, Marie Anna, in Kleinschöna. — Zusammen 5.

Geburten: John, Friedrich, Fabrikarbeiter S. — Kirmse, Max Bruno, Hofverwalter L. — Jacob, Gustav Paul, Schuhmann S. — Graf, Heinrich Paul, Tischlers L. — v. Hosen, Adolf Friedrich, Fabrikmeisters S. — Voigt, Richard Eugen, Instrumentenmachers S. — Schumeter, Friedrich Hermann, Handarbeiter S. — Thiele, Robert Hugo, Kaufmanns L. — Hörl, Richard, Käfner, Andreas Gustav, Handarbeiter S. — Donner, Karl Moritz, Markthelfer L. — Berger, Friedrich Oskar, Fabrikarbeiter L. — Engelhardt, Friedrich Hermann, Instrumentenmachers L. — Käffner, Ludwig, Güterbodenarbeiter S. — Hänselmann, Wilhelm Moritz Otto, Binnerner L. — Seuer, Karl Wilhelm Johannes, Schlossers L. — Grubel, Friedrich Hermann, Tischlers L. — Wotrak, Franz Joseph, Handarbeiter S. — Rothe, Friedrich Karl Ludwig, Handarbeiter L. — Kober, Friedrich Wilhelm Max, Sattlers S. — Schlabe, Friedrich Karl Otto, Sattlers L. — Hahn, Karl, Sattlers S. — Lange, Friedrich Hermann, Fleischers L. — Hirsche, Franz August Heinrich, Eisenbrechers S. — Richter, Otto Franz, Tapetenbruders L. — Müller, Friedrich Franz Bernhard, Markthelfer S. — Friedrich, Karl August, Schriftsetzers S. — Blasewitz, Franz, Fabrikarbeiter S. — Richter, Julius Hermann, Schankwirt S. — Balder, Joseph August Rudolf, Schlossers S. — Pfennigwert, Friedrich Wilhelm, Spinnereibesitzer S. — Erfurth, Friedrich August Albert, Lokomotivbesitzer S. — Müller, Richard Hermann Eugen, Kaufmanns S. — Göde, August Friedrich, Bäckereimaster L. — Schulte, Richard Hugo, Formers L. — Hager, Friedrich Adolf Paul, Schlossers S. — Falber, Karl Hermann, Tischlers S. — Stengel, Johann Georg Ludwig, Schuhmanns S. — Will, Johann Andreas, Markthelfer L. — Schellberg, Wilhelm Richard, Preßvergobler L. — Püssigler, Berthold, Oskar, Bäckers L. — Helm, Karl Richard, Formers L. — Schmidt, Georg Reinhard, Klopfmachers L. — Schäfer, Ernst Robert, Spinner S. — Büsser, Gustav Albert, Eisenbrechers S. — Peyer, Friedrich Hermann, Fabrikarbeiter S. — Thiele, Moritz Max, Tischlers L. — Wolf, Karl Eduard, Fabrikarbeiter S. — Schmerze, Gustav Bernhard, Handarbeiter S. — Senzel, Karl Friedrich Ferdinand, Schlossers L. — Konin, Matthias, Handarbeiter S. — Engelmann, Friedrich Gustav, Feuerwehrmanns S. — Löffel, Johann Friedrich, Bahnmeister-Assistenten L. — Außerdem wurden gemeldet: 2 uneheliche Mädchen. — Zusammen 55.

Gestorbene: Beßmann, Klara Anna, Handarbeiter S., 11 M. 14 L. — Barthol, Helene Martha, Fabrikarbeiter S., 14 L. — Reiche, Alfred Walther, Schlossers S., 2 J. 11 J. 18 M. — Görtsch, Ernst Theodor, Sattlers S., 4 M. 1 L. — Hirschfeld, Elsa Rosa, Fabrikarbeiter S., 2 M. 28 L. — Engelmann, Karl Friedrich, Handarbeiter, 48 J. 10 M. 22 L. — Herrmann, Emil Walther, Spinners S., 4 M. 18 L. — Dötsch, Anna Frieda, Tischlers L., 5 J. 8 M. 15 L. — Schödl, Max Alfred, Fabrikarbeiter S., 8 M. — Häbner, Georg Curt, Handarbeiter S., 6 L. — Graf, Karl Willy Arno, Gärtners S., 8 M. 15 L. — Richter, Martha, Tapetenbruders L., 1/2 Stunde. — Born, Ida Martha, Bäckereimaster L., 7 J. 29 L. — Falck, Friedr. Cornelius, Produktenhändler, 45 J. 8 M. 8 L. — Pöltner, Karl Richard, Bertha Klara und Anna Martha, Maurers Sohn und Tochter, 6 J. 18 L. 4 J. 11 M. 5 L. und 1 J. 11 M. 15 L. — Zusammen 21 Todesfälle (einschl. 2 togeb. und 2 unehel. Kindern).

Gerichtsraal.

Bandgericht.

Leipzig, 4. Juni.

Der Pfendokriminalsechtmann. Im angekündigten Bilde kam der 41 Jahre alte Schuhmacher und Versicherungsinspektor Karl Eduard Albert B. aus Bubendorf bei Weimar am 6. März abends in das Borsig'sche Sportheim Nr. 12 und erklärte der Inhaberin, er suche die Prostituierte Frla J., die von Hamburg aus stachelschärflich verfolgt werde. Auf deren Frage, wer er denn eigentlich sei, erklärte er: "Ich bin der Kriminalwachtmeister Jähnlich." Vor der dritten Strafkammer gab B. an, daß er von Verwandten in Weimar die Nachricht

erhalten habe, daß seine Stiefschwester in Leipzig sei und sollte er sie aufzufinden machen. Wegen Unnachahmung eines öffentlichen Amtes wurde B. zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Folgen einer Fliegelseit. Am 15. Februar d. J. kam der 28 Jahre alte mehrfach wegen Hausfriedensbruchs bestraft Steineggeliebte Friedrich Wilhelm S. in die Wärnehalle auf dem Königsplatz. Dort benahm er sich höchst flaghaft, stellte seine schmutzigen Stiefel auf den Bodentisch und strich an der Bodentafel den Dreck ab; als sich die Verkäuferin S. dies verbot, belegte er sie mit den ärgerlichen Schimpfworten und setzte sich auf die Bodentafel. Die S. versuchte nun das Fenster zu öffnen und ihre Drohung, einen Schuhmann zu holen, wahr zu machen. S. beugte sich aber über die Bodentafel, sah die S. am Rockbund und sagte: "Wenn Du den Schuhmann rufst, dann sollst Du sehen!" Dann nahm S. einen Pölling und rieb ihn auf der Bodentafel. Die S. war nun erschöpft und sie wollte einen Schuhmann holen. S. suchte aber die Thüre zu zu halten. Als es der S. dennoch gelang, die Thüre aufzudrücken, stemmte er ihr den Arm zwischen die Thüre und suchte sie zurückzuhalten. Nach vieler Mühe gelang es ihr, ins Freie zu kommen und einen Schuhmann zu holen. Wie der Schuhmann aber kam, hatte S. längst die Flucht ergriffen. Vor der vierten Strafkammer hatte sich darum S. wegen Bekleidung und Nötigung zu verantworten. In der Verhandlung machte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lehmann die Bemerkung: "Die Wärnhallen haben nichts Gutes gesäßt, sie sind nur der Aufenthalt für solche Arbeitslose!" S. wurde zu sechs Wochen drei Tagen Gefängnis verurteilt. Der S. wurde die Publikationsbeschränkung des Urteils zugesprochen.

Schössengericht.

Leipzig, 4. Juni.

Stellenvermittlungsschwundel. Der bekannte 52 Jahre alte Stellenvermittler Anton Franz Schimpf aus Hochstädt bei Merseburg, in Leipzig wohnhaft, vertrat im Juli v. J. dem Schneider R., ihm für eine Nähmaschine und Fahrräderfabrik fest als Meisner zu engagieren, wenn er ihm eine Provision von 80 Mark gewähre. R. zahlte auch die 80 M., kam aber bald dahinter, daß Schimpf nicht den Auftrag hatte, fest zu engagieren, sondern von einer Fabrik den Auftrag hatte, ihr Provisionsreisende zu vermitteln. Das Schössengericht verurteilte Schimpf wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis.

Von Nah und Fern.

Möhlitz, 4. Juni. Vorgestern wurde hier durch die städtische Polizei unterhalb des Kühnertischen Wuldenbades ein bereit in Bewegung übergegangener männlicher Leichnam aufgefunden. Aus den bei der Leiche gefundenen Papieren wurde ermittelt, daß der Tote der seit dem 16. Mai in Gossen vermisste Agent und Kohlenhändler Biermann ist.

Königstein, 4. Juni. Mittwoch mittag ist der auf der Thalstraße mit begriffene etwa 7000 Centner Braunkohlen beladene Schlepptau des Schiffseigners Höhnel in Königstein oberhalb der Mündung des heiligen Königs Albert-Hafens in der Elbe havariert. Das Fahrzeug ist durch den heftigen Südwind, der um diese Zeit herrschte, aus der Stromfahrbahn nach dem linken Ufer verdrückt worden, infolgedessen direkt auf den oberhalb des genannten Hafens befindlichen Uferdamm aufgeschlagen und sofort gefunken. Der vordere Teil des Kahnens ragt noch etwa 1 Meter über dem Wasserspiegel hervor, während sich der hintere Teil etwa 2,5 Meter unter diesem befindet. Ein Hindernis für den Schiffahrtsverkehr ist durch die Havarie nicht entstanden. Der Kahn, sowie die Ladung waren verschont.

Hirschberg, 4. Juni. Der Mörder Maiwald, der des Mordes an dem Dresdener Postfaktor Krebsmar dringend verdächtigt ist, soll in der nächsten Schwurgerichtsperiode in Hirschberg zur Aburteilung kommen. Maiwald ist nach mehrwöchentlicher Verbauchung auf seinen Geisteszustand im Moabitier Gefangenhaus in Berlin wieder nach Hirschberg zurücktransportiert worden.

Berlin, 4. Juni. Am Mittwoch hielt eine Antisemitensversammlung nach einem Bericht der Kreuzzeitung ein Gehmgericht ab über die antisemitische Reichstagssitzung. Es begann, so berichtet die Kreuzzeitung, eine regelrechte Abschlagszüngelung der Antisemitenfraktion. "Wie haben Sie sich beim Börsen-gebet verhalten?" rief ein Herr Maire. "Stumm wie die Fische!" Unser Vertrauen ist bei Ihnen auf den Holzweg geraten, da Ihnen gar nichts gegen zu wollen. Die antisemitische Bewegung schlägt wieder, weil mal die kirchliche Geschichte, die Bilder und der Junker Liebermann, dazwischen gekommen sind. Der Ahlwardt aber — ja, das war einer, der hat es verstanden u. s. w.

Thorn, 4. Juni. Neben die Minenexplosion in Thorn werden weitere Einzelheiten bekannt. Die 2. Compagnie des dort garnisonierenden zweiten pommerschen Pionierbataillons läuft unter Leitung des Hauptmanns Adam das Minenlegen. Dabei wurde eine sogenannte Flattermine mit 10 Pfund Pulver gelegt, in deren Nähe die Compagnie stand, als die Mine mit einem Male in die Luft ging. Der Aufstand und die umherfliegenden Erd- und Steinmassen der Mine richteten im ersten Augenblick eine große Verwirrung an. Hauptmann Adam, Lieutenant Hannemann I und viele Leute wurden von Erdmassen getroffen und zur Erde geschleudert. Unteroffizier Platzer wurde in die Luft gehoben und fiel dann mit dem Kopf zuerst auf die Erde. Hauptmann Adam wurde am Kopf schwer verletzt. An der Stirn hat er schwere Wunden erlitten, auch ein Auge ist gefährdet. Lieutenant Hannemann I hat schwere Verletzungen an den Beinen erlitten. Unteroffizier Platzer folgte am ganzen Kopf. Die weiter vorgekommenen Verletzungen sind unbedeutend. Die Entzündung der Mine schreibt man einem unglücklichen Zufall zu. Die Verunglückten hofft man am Leben zu erhalten.

Königsberg i. Pr., 5. Juni. In dem an der Ostgrenze der Provinz gelegenen Dorfe Maßnarkehmen sind 18 Gebäude niedergebrannt. Der übrige Teil des Dorfes wurde nur durch das energische Eingreifen von 24 über die Grenze gekommenen russischen Soldaten gerettet.

Köln, 5. Juni. In dem zwischen Köln und Bonn gelegenen Orte Brück überfliessen Bauern acht Sollinger Radfahrer, misshandeln mehrere mittels Hengsteln und Messern sehr schwer und zertrümmern die Fahrräder. Während des Streites wuchs die Zahl der kämpfenden Bauern auf mehr als 150 Personen an. Die Hauptradfahrer, darunter ein Soldat des 65. Infanterieregiments, sind verhaftet.

In der Gegend der unteren Mosel willteten gestern schwere Gewitter. Felder und Weinberge sind stark verwüstet.

Im Mutterleibe verläuft. Bezeichnend für die sozialen Zustände unserer Zeit ist ein Unserat, das vor einigen Tagen im Frankfurter General-Anzeiger prangte: "Welches achbare Ehepaar nimmt ein zum Oktober zur Welt kommendes Kind mit einmaliger Vergütung von einigen Hundert Mark, neu geboren, gänzlich für einen an. Offerten unter B. 840 an die Expedition." Mag Rot oder Grünwachsht die Korruption des Muttergefühls hervergebracht haben, es bleibt in jedem Falle eine furchtbare Anklage gegen die kapitalistische Kultur.

St. Goar a. Rhein, 4. Juni. Wie die Frankfurter Zeitung aus St. Goar meldet, sind infolge wochenbrachartigen Regens in der letzten Nacht bedeutsame Vergrößerungen vorgekommen. Strecken der künstlichen Bahn bei St. Goar und der rechtsrheinischen Bahn zwischen St. Goarshafen und Riedert sind derart mit Schuttmassen überwölbt, daß dieselben vorläufig für einen Tag gesperrt und für diese Zeit Umsteige-verkehr eingeführt wird.

Die Sanaregurkenzzeit ist da. Aus Elbersfeld läßt sich die Aßlische Zeitung ganz ernsthaft schreiben: "Hier ereignete sich eine seltsame Zwillingsschwangerschaft. Der seit 1882 verheiratete Fabrikarbeiter Albert Thill, dessen Ehe bisher mit 7 Kindern gesegnet war, meldete auf dem Standesamt die am 15. Mai erfolgte Geburt eines Knaben an und erhielt demnächst wiederum an derselben Stelle, um die am 25. Mai, also nach 10 Tagen, erfolgte Ankunft eines weiteren Sproßlings anzugeben." Diese Zeitungsschweif mit unheimlicher Sicherheit durch die hinzulande Presse.

Meran, 3. Juni. Der allen Kurgästen wohlbekannte reiche Villenbesitzer Görtner stürzte sich heute in die Passer und ertrank. Als Motiv wird Lebensüberdruss angegeben.

Brüssel, 5. Juni. Dem Blatte Soir (Abend) zufolge sind bei dem Gewitter in Antwerpen 5 Personen vom Blithe getötet worden. (B. L.)

Toulouse, 3. Juni. Gestern kam es hier zwischen Steuerbeamten und Schmugglern zu einer blutigen Schlägerei, wobei auf beiden Seiten Revolverschläge fielen. Ein Schmuggler wurde getötet. In der Stadt herrscht großer Aufregung, man befürchtet für heute nacht weitere Unruhen.

London, 5. Juni. Das englische Schiff Velsore, von Antofagasta nach dem Kanal unterwegs, wurde auf See von der Mannschaft verlassen. Sämtliche an Bord befindlichen Personen, bis auf eine, die ertrank, wurden gerettet und in Kapstadt gelandet.

Smyrna (Kleinasien), 5. Juni. Die Tochter eines hiesigen amerikanischen Kaufmanns wurde auf offener Straße und am hellen Tage von Räubern überfallen und gefesselt entführt, um als Geisel für die Entziehung eines Lösegelds zu dienen. Die Polizei entdeckte das Mädchen in Burnowa, einem bekannten Räuberquartier, wo man es in gänzlich verwahrlostem Zustand gefangen hielt. In dem nun entstandenen heftigen Kampf mit den Räubern wurde das Mädchen befreit, doch blieben auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Mehrere Räuber wurden festgenommen.

Aus Ägypten, 5. Juni. In Kairo und Alexandria kommen täglich 800 Cholera-Fälle vor, von denen zwei Drittel tödlich verlaufen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Freitag den 5. Juni: 149. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün).	
Die lustigen Weiber von Windsor.	
Romisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Akten. Nach Shakespeare gleichnamigem Lustspiel von G. H. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai.	
Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Hoff.	
Mr. John Hallstaff	Mr. Witelloff
Miss Ruth } Bürger von Windsor	Fr. Schepel
Herr Reich } Bürger von Windsor	Hr. Neidel
Fenton	Hr. Werfel
Junker Götzlich	Hr. Marion
Dr. Caju	Hr. Greiner
Franz Ruth	Hr. Baumgard
Franz Reich	Hr. Osborne
Anna Reich	Hr. Toulou
Der Wirt	Hr. Henning
Der Kellner	Hr. Schröder
Bürger von Windsor	Herrn Hanisch, Behrens, Wallisch
Bürger und Frauen von Windsor. Männer von Elsen und anderen	
Gestern. Mücken. Wespen. Juwel-Knechte des Herrn Ruth.	
Stellner. Mäder.	

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einsatz 1/4 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr. Schaus.-Preise. Billet-Vorverkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtag 8 von 10), bis 8 Uhr. Vorverkauf

Auskunft in Rechtsfragen.

W. H. Der Wirt kann Speise und Trank verweigern, wenn er will. In der Verletzung allein ist eine Beleidigung nicht zu erheben.

101 H. Q. Sie werden zur Zahlung oder Herausgabe verurteilt werden. Auch kann Zwangsvollstreckung in Anwendung gebracht werden.

D. H. Ohne Angabe, um welche Beamtenkategorie es sich handelt, läßt sich Ihre Frage nicht beantworten. Die Höhe richtet sich übrigens nach der Anzahl der Dienstjahre.

Abonnement 101. 1. In 3 Jahren. 2. In 20 Jahren. Olschah, zwei Wettsende. Nur wenn Sie dazu eine öffentliche Versammlung einberufen.

Briefkasten der Redaktion.

G. Mödern. Mein, wohl aber zwei Stolzesche Stenographen vererule.

C. E. Moschelesstraße. Wenden Sie sich an Herrn Sekretär O. Freyberg, Sebastian Bach-Straße 82.

Versammlungskalender.

Freitag: Steinmeier, Römischer Hof, Mittelstr. II. Abends 7 Uhr. T.D.: 1. Bericht vom Gewerkschaftstag. 2. Bericht der Innung. 3. Die Bühnenauf dem Wertheim von M. Schmid. 4. Gewerkschaftliches.

Sabater, Delegiertenversammlung, Universitätskeller, Alterstraße 7. Abends 8 Uhr.

Sonnabend: Preller und Hobler, Römischer Hof, Mittelstrasse II. Abends 9 Uhr. T.D.: 1. Das freie Spiel der Kräfte. 2. Wertheimangelegenheiten.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld
Eisenbahnstrasse Nr. 66.
Konradstrasse 25.

Schwimmhafen 20°

Dampfbäder, russische, schwedisch-irische, Voll- und Teil-Dampfbäder, Einpackungen, Spezialformen, anerkannt vorz. Massage, Damenzelt von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhafen, frischflairtes Wasser, Damenzelt: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/2-9-11 Uhr vorm. Männerbäder I. u. II. Stoffe für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [3658]

Markthallenstand 25, 26, 27**Grösstes Geschäft in der Markthalle!**

verkauft von heute ab prima Masthosenfleisch!		[2911]
Aus der Kuhle	à Pf. 65 Pf.	I. Dual. Hammelfle., Bauch, à Pf. 50 "
Hohes Filz	" 60 "	Krause und Blätter " 60 "
Bauch und Brust	" 60 "	Krause und Brust " 60 "
Masthosenfleisch	à Pf. 60 u. 65 "	Krause und Brust " 65 "
Schweinefleisch	à Pf. 50 u. 55 Pf.	Wurstfeß " 65 "
fr. hantenschlachtene Blut-	Leberwurst à Pf. 60 Pf., bei 6 Pf. 55 "	Wurstfeß " 40 "
hungenwurst	à Pf. 80 Pf.	Braunsch. Mettwurst à Pf. 80 Pf.
Mettwurst	" 70 "	bauch. hant. Landesschwein. " 80 "
polnische	" 80 "	Röllschinken " 90 "

Extra-Blatt!

Morgen Sonnabend werden 20 Kübler ausgepfundet, à Pfund nur 55 Pf. **Markthallenstand 25, 26, 27.**

Achtung!**Grösste Auswahl sämtl. Schuhwaren zu billigsten Preisen.****Deutsche Schuhfabrik**

vormals G. Markus & Comp. Gen. m. beschr. Haftpf. Filiale: Leipzig, Zeitzer Str. 37.

Ausstattungs-Gegenstände für die Küche

in Emaille: Eimer, Asche, sämtl. Kochgeschirr u. s. w. Vorzellan und Steingut: Kaffeeservice, Gewürze und Gemüse-Flaschen, Büchsen, Tellern, Schlüsseln, Waschgarnituren in großer Auswahl. Besteck und Besteck sowie sämtl. Holzwaren, Konsole u. s. w. Brotschalen Blechflaschen, Plättchen, Messer u. Gabeln, Löffel, Haken und Wegemessers, Kaffeemühlen, Spiritusflaschen, Kohlen-osten, Lampen u. s. w. empfiehlt bestens und billigst F. Heydeck, Sternwartenstraße Nr. 51. Wiederverkäufer und Betreiber sowie ganze Einrichtungen abtastt.

Grösstes Schuhwarenlager**von Albert Ritter**

Lindenau, Markt 25.

Wir gehn nach Lindenau, Wir lassen unser Geld Wir sind schon nicht so blau, In Ort, wo's Leber hält, Das wir nach Leipzig gehn, Wo billig und gut Zu August, Frühen oder W. Man immer finden thut.

Einziges Wiener Schuhwaren-Lager

am Platze für Herren, Damen und Kinder vom einfachsten bis elegantesten.

Durchbare Massenkäufe bin ich in der Lage, zu ganz erstaunlich billigen Preisen zu verkaufen und empfiehlt allgemeinstes in

Radfahrer- und Turner-Schuhen und Stiefel sowie großes Pantoffel-Lager. Gleichzeitig bringe einen Posten vorjährige Ware, um damit zu räumen, zu nächstehenden Preisen zum Verkauf:

Herren-Schuhe und -Stiefel von Mr. 4.50 an

Damen-Stiefel 3.50

Kinder-Schuhe und -Stiefel " " .50" [1845]

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen auch bei mir nicht gelaufener Ware.

Herren- und Knaben-Hutlager

Damen- und Mädchen-Strohhüte, garniert und ungarniert, sämtliche Putzartikel, Regen- und Sonnenschirme, Schläuche, Hosenträger, Seinen, Gummi- und Papierwäsche empfiehlt in belauft großer Auswahl

Ernst Dietrich, Connewitz, Lange Str. 42.

Hüte mit Kontrollmarke. Konsummarken werden in Zahlung genommen.

Damen-Blusen

in den neuesten appetitlichen Farben, elegant, garantirt echt waschbare Stoffe, einzündende, neuere Muster zu enorm billigen Preisen.

Louis Goldstein

13 Eisenbahnstr. 13 gegenüb. der Gust. Hartort-Str.

3 Immer elegant 8

und billig können sich alle Herren kleiden. Neue u. wenig getrag. Monatsgarderobe:

Anzüge, Frack, Hosen, Sommersüber-

zieher, verkauf u. verleih

8 E. Brandt 8

I. Große Fleischergasse 1.

Pianinos, neue, 850-900 Pf. geb.

Jusit., Violinen, Zithern, Saiten u.

billig. Plagwitz, Altenmarkt 8, vi.

Wöbel, Lindenau, Marienstr. 28, p.

Wöbel, Lindenau, Marienstr. 28, p.